:antifaschistische nachrichten **Nr. 19**

g 3336 21.9.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Eine gefährliche Täuschung

BERLIN. Auch im Juli wurden bundesweit wieder viele rechtsextreme Straftaten registriert: 1048, darunter 50 Gewalttaten. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die monatliche Anfrage der Abgeordneten Petra Pau hervor. „Die ausgewiesenen Zahlen erinnern daran: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus kennen weder ein parlamentarisches Sommerloch, noch scheren sie sich um haushaltspolitische Finessen. Sie grassieren permanent, bundesweit. Die Fälle rechtsextrem motivierter Straf- und Gewalttaten nehmen zu und zugleich entlässt die große Bundes-Koaltiion kompetente Initiativen dagegen – Initiativen für Demokratie und Toleranz – ins Nichts. Das ist widersinnig," so Petra Pau.

Zwar fördert das Bundesfamilienministerium weiter jährlich mit 19 Millionen Euro die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, krempelt aber die bestehende Struktur um und löst die bisherige Anlaufstelle für Projekte gegen Rechts auf. Stattdessen wird ein neues Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" aufgelegt.

„Betroffen sind davon u.a. Projekte wie die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus" oder die „Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt". Sie werden virtuell gesichert, real aber zerschlagen. Eine gefährliche Täuschung." heißt es in der Pressemitteilung der Abgeordneten.

Die Projekte müssen nun Mitarbeitern kündigen, die eingearbeitet sind und eigentlich dringend gebraucht werden, weil sie nicht wissen, ob ihre Arbeit weiter finanziert wird. Denn das neue Programm setzt andere Schwerpunkte: Die Mittel sollen vor allem an lokale Aktionen gehen, für die jeweils die Kommunen Anträge an den Bund stellen müssen.

Quelle: PM Petra Pau, FR v. 13.9.06 ■

Aus dem Inhalt:



Dortmund, 2.9.06

www.arbeiterfotografie.com

„Es ist eingetreten, wovor Antifaschisten seit langem gewarnt hatten"

6 Sitze im Schweriner Landtag für die NPD, auch in fünf Berliner Bezirksverordnetenversammlungen sitzen jetzt Neonazis

Schockiert von dem Wahlergebnis der NPD in Mecklenburg-Vorpommern versammelten sich in Greifswald am Wahlabend Menschen spontan zu einer Demonstration. „Eine Nazipartei im Landtag. Das ist eine nicht zu ertragende Meldung gewesen. Da müssen wir ja wohl was tun!" So einer der Teilnehmer. Allerdings – wer die Hochrechnungen der letzten Wochen verfolgt hatte, konnte nicht völlig überrascht sein. Die Vorhersagen für das Abschneiden der NPD lagen bei 6 bis 7 Prozent, 7,3 Prozent und 6 Sitze im Landtag, so nun das Endergebnis. 59.674 Wählerinnen und Wähler haben die neofaschistische Partei gewählt, schwerpunktmäßig männliche Erst- und Jungwähler, wie es laut ARD-Wahlanalyse am Sonntagabend hieß.

Dabei sind die 7,3 % landesweit nur die Spitze des Eisbergs. Auf Ortsebene liegen die Ergebnisse teilweise deutlich höher, in sieben Gemeinden Mecklenburgs wurde die NPD stärkste Partei: in Postlow (38,2 %), Blesewitz (32,2 %), Bargischow (31,6 %), Neuenkirchen (30,15 %), Groß Krams (26,3 %), Wilhelmsburg (27,4 %) und Pulow (21,5 %). Aber auch in Klein- und Mittelstädten wie Anklam (15,6 %) und Ueckermünde (18,2 %) liegen die Ergebnisse über dem Landesdurchschnitt.

Die Zahlen zeigen, die NPD hat sich regional etablieren können. Das sind nicht „nur" Proteststimmen, die die allgemeine Wahlverdrossenheit zeigen, sondern hier auf Ortsebene kennt man sich und weiß ziemlich genau, wen man da wählt. Vor allem für die Jungen ist Rechtsaußensein ein Stück Lebenskultur geworden.

Auch Berlin kann nicht wirklich erleichtert sein. Zwar reichten der NPD die 2,6 % zwar nicht zum Einzug ins Abge- →

Mecklenburg-Vorpommern

Wahlberechtigte: 1 413 530
Wähler: 836 942 Wahlbeteiligung: 59,2 %

Merkmal	Wahlkreis (Erststimme)			Landesliste (Zweitstimme)	
	Anzahl	%	Mandate	Anzahl	%
Ungültige Stimmen	20 958	2,5	x	18 966	2,3
Gültige Stimmen	815 984	97,5	36	817 976	97,7
davon entfallen auf					
SPD	245 410	30,1	15	247 291	30,2
CDU	252 837	31,0	20	235 335	28,8
Die Linke.	146 729	18,0	1	137 248	16,8
FDP	70 415	8,6	-	78 414	9,6
GRÜNE	26 989	3,3	-	27 658	3,4
Offensive D	x	x	x	789	0,1
NPD	56 981	7,0	-	59 674	7,3
GRAUE	2 420	0,3	-	5 600	0,7
PBC	802	0,1	-	1 952	0,2
Deutschland	2 705	0,3	-	3 128	0,4
AGFG	666	0,1	-	1 881	0,2
AB	x	x	x	956	0,1
WASG	2 448	0,3	-	4 276	0,5
APD	x	x	x	774	0,1
Bündnis für M-V	3 986	0,5	-	3 554	0,4
FAMILIE	x	x	x	9 435	1,2

ordnetenhaus. Mit 35.162 Stimmen konnte sie ihr Ergebnis von 2001 (15.110 Stimmen = 0,9 %) allerdings mehr als verdoppeln und sie schickt Abgeordnete in verschiedene BVVs. In Neukölln kann sie mit 3,9 % (4.190 Stimmen) 2 Abgeordnete stellen, in Treptow-Köpenick mit 5,3 % (5.990 Stimmen) gleich 3 , Spitzenkandidat war hier Udo Voigt. in Marzahn-Hellersdorf erreichte sie 6,4 % (6.384 Stimmen) und ebenfalls 3 Sitze, in Lichtenberg 6 % (5.957 Stimmen), das sind auch hier 3 Sitze. In der BVV Pankow wird ein REP Platz nehmen (3,1 %, 4.822 Stimmen). Neben Jörg Hähnel (NPD) sind auch Manuela Tönhardt (DVU) und Torsten Meyer (DVU) gewählt.

Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, dass die Strategie von NPD und DVU, sich massiv gemeinsam an Wahlen zu beteiligen und den Aufbau von den Regionen her zu betreiben, dazu geführt hat, dass rechtsextreme Milieus vor allem unter jungen Leuten sich verfestigen konnten, und auch unter denen, die sich von Politkern überhaupt nichts mehr versprechen und sozial „abgehängt“ sind. Dabei spielt es keine Rolle, dass die NPD oft eng mit gewaltbereiten Kameradschaften zusammenarbeitet und auch solche Leute auf ihren Listen kandidieren.

Wir dokumentieren einige der Stellungnahmen, die uns bis Redaktionsschluss zugingen: *u.b.* ■

Regierungspolitik hat NPD-Erfolge begünstigt – Aktuelle Stunde im Bundestag beantragt

Ulla Jelkpe, innenpolitische Sprecherin der Linkspartei: „Für den Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind die etablierten Politiker verantwortlich. Die Bundesregierung hat es bislang versäumt, sich ernsthaft mit dem Neofaschismus auseinanderzusetzen, und auch die Landesregierungen haben sich zu spät mit dem Problem beschäftigt. Die Linksfraktion hat eine Aktuelle Stunde im Bundestag beantragt, um über die Konsequenzen der NPD-Erfolge und über die Fortführung der Programme gegen Rechtsextremismus zu beraten.

Im Umgang mit Neonazis droht sich eine beunruhigende Gleichgültigkeit einzuschleichen. Es wird offenbar zunehmend als normal empfunden, dass rechte Skinheads in bestimmten Regionen Andersdenkende und Anders-Aussehende terrorisieren. Politiker und Polizeibehörden erklären gewalttätige Neonazis zu „Einzeltätern“, gleichzeitig ignorieren sie, dass rechtsextreme Strukturen sich immer mehr etablieren.

Ohne das Netz von neofaschistischen Kameradschaften hätte die NPD keinen flächendeckenden Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern führen können. Nazischläger, die Jagd auf Migranten machen, und Wahlerfolge für die NPD, das sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Doch anstatt diesen Strukturen entschlossen zu begegnen, betreibt die Politik eine Vogel-Strauß-Politik. Diejenigen Programme, die seit fünf Jahren gegen Rechtsextremismus arbeiten, stehen vor dem finanziellen Aus. Die Andeutungen von Familienministerin von der Leyen, eine Fortführung bestimmter Initiativen zu ermöglichen, sind viel zu vage.

Auf die konkret von der Schließung betroffenen Projekte geht sie gar nicht ein. Es kann nicht sein, dass die NPD in Landtage und Bezirksverordnetenversammlungen einzieht, die Kameradschaften sich festsetzen und die Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus ihre Mitarbeiter entlassen müssen.

So programmiert man die nächsten neofaschistischen Wahlerfolge und Gewalttaten.“

Ulla Jelpke, MdB ■

Erschreckender Wahlerfolg der rechtsextremen NPD in Mecklenburg-Vorpommern – MOBIT muss dagegen seine Arbeit einstellen

MOBIT zur Wahl in MV: „Der NPD ist es in Mecklenburg-Vorpommern gelungen, mit über 7 Prozent der Wählerstimmen in den Schweriner Landtag einzuziehen. Was viele Wahlforscher und deren Umfragen vorausgesagt haben ist leider wahr geworden. Es war somit kein Überraschungseffekt, sondern es hat sich schon länger abgezeichnet, dass es ein extrem rechtes Wählerpotential gibt.

Matthias Müller von der Mobilen Beratung in Thüringen (MOBIT) sieht eine ähnliche gefährliche Entwicklung in Thüringen:

„Die NPD hat bei der Bundestagswahl 2005 in Thüringen mit 3,7 % ihr zweitbestes Landesergebnis erreicht, noch vor Mecklenburg-Vorpommern. Damit hat sie ihre absoluten Wählerstimmen im Vergleich zu der 15 Monaten davor stattgefundenen Landtagswahl um 337 Prozent gesteigert. Auch die jährliche Studie zu den politischen Einstellungen in Thüringen, der Thüringen-Monitor, bescheinigt 22% der wahlberechtigten Menschen in Thüringen ein recht geschlossenes rechtsextremes Weltbild.

Der jetzt nach der Wahl geäußerte Alarmismus sollte länger anhalten und sich in konkreten politischen Entscheidungen wieder finden.

Der MOBIT e.V. und die anderen Träger der ostdeutschen Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen müssen dagegen zum Ende des Jahres ihren Angestellten kündigen. Das ist doch irgendwie schizophren“, so Müller weiter.

Matthias Müller
MOBIT - Mobile Beratung in Thüringen
Für Demokratie - Gegen Rechtsextremismus
matthiasmueller@mobit.org ■



Berlin-Marzahn: Am 9.September demonstrierten etwa 100 Menschen vom S-Bhf. Raoul-Wallenberg-Straße durch den angrenzenden Wohnkiez zum jährlichen umsonst&draußen Festival 'Rock für Links'. Die Demonstration reihte sich ein in die antifaschistischen Aktionswochen 'Keine Stimme den Nazis' im Berliner Bezirk Marzahn/Hellersdorf.

Die Auseinandersetzung beginnt erst

Werner Pfennig, Vorsitzender der VVN-BdA erklärte zum Ausgang der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin:

„Es ist eingetreten wovor Antifaschisten seit langem warnten: Der NPD ist der Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und in einige Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin gelungen.

Während der Wahlkämpfe hat die NPD das hässliche Gesicht des Faschismus gezeigt: Ihre vornehmlich aus der Szene militanter Neonazis stammenden Aktivisten bedrohten Wahlhelfer anderer Parteien Mit ihren Plakaten hetzten sie gegen ausländische Bürger und machte sie zu Sündenböcken. ssDie NPD spielte sich auf als Anwalt der kleinen Leute und ist doch in Wirklichkeit eine Partei mit arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichem Programm.

Mit großem Engagement haben sich in den letzten Monaten Mitglieder aller demokratischen Parteien, ihrer Jugendverbände, parteilose Jugendgruppen und Gliederungen der VVN-BdA in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit der NPD auseinandergesetzt. Dafür gebührt ihnen großer Dank.

Der Kampf gegen die NPD und andere Neonazis endet nicht mit diesem Wahlergebnis. Er muss und wird mit gleicher Entschiedenheit fortgesetzt werden.“

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)
www.vvn-bda.de ■

„Gedenkfeier" in Esens

ESENS. Mit einer Anzeige in der „Deutschen National-Zeitung" erinnert Richard Carls an einen „Luftterrorangriff" am 27. September 1943 auf die ostfriesische Stadt Esens. Dabei habe es 165 Tote, darunter 108 Kinder und Jugendliche, gegeben. Carls, der in Saterland wohnt, wirbt in der Anzeige auch für eine „Gedenkfeier", die am 27. September um 11.15 Uhr auf dem Friedhof in Esens stattfinden soll. Noch 2003 amtierte Carls als Landesvorsitzender der „Deutschen Volksunion" (DVU) in Niedersachsen. Im Jahr 2000 war er Kontaktadresse für den Verein „Humanitäres Hilfswerk Memellandhilfe e.V." unter dem Vorsitz von Walter Erdmann, dem Leiter des „Technischen Hilfswerks" Ammerland. Die „Memellandhilfe" schafft seit 1993 „Hilfsgüter aller Art" wie z.B. „intakte landwirtschaftliche Maschinen, Traktoren, Krankenhausgeräte, aber auch Fahrräder, Kinderwagen, Kinderbetten, Nähmaschinen und Kindernahrung" in die ehemalige preußische Provinz Ostpreußen. *hma* ■

Kampagne gegen Minarette

SCHWEIZ. Die Regierung des Schweizer Kantons Zürich hat sich für ein Bauverbot für Minarette ausgesprochen. Es gebe keine religiösen Gründe für den Bau von Minaretten, heißt es in der Begründung. Auch in islamischen Staaten weise nicht jede Moschee einen Turm auf. Außerdem empfinde ein größerer Teil der nichtmuslimischen Bevölkerung Minarette als Provokation. Diese seien ja auch ein „Symbol für die Eroberung eines Gebiets" und illustrierten den Anspruch des Islam, „als einzig wahre Religion die anderen religiösen Bauten zu überragen". Damit stimmte der Kantonsrat einer Initiative der rechtskonservativen „Schweizer Volkspartei" (SVP) zu. Die scheint, mit Blick auf die extreme Rechte in Berlin und Köln, erkannt zu haben, womit sich derzeit ausländerfeindliche Stimmungen schüren lassen. Unter der Überschrift „Wehret den Anfängen! Stopp den Minarettbauten in der Schweiz" fand sich am 1. September in der extrem rechten Zeitung „Schweizerzeit" ein Aufruf einer Gruppierung mit dem Namen „Stopp Minarettbau" mit Postfach in Bern. Dort wird ein Bau von Minaretten u.a. aus „städtebaulichen, ästhetischen und denkmalpflegerischen Gründen" abgelehnt. „Es dürfe eine Frage der Zeit sein, bis unter dem Deckmantel der unbestrittenen Religionsfreiheit auch eine Beschallung von Minaretten oder die Ausrufung von Gebeten gefordert wird", heißt es dort. Dieser Entwicklung gelte es Einhalt zu gebieten, andernfalls „der soziale Frieden in der Schweiz aufs Spiel gesetzt wird". Außerdem, wenn heute in der Türkei keine neue christliche Kirche gebaut werden darf, spreche doch auch niemand von Diskriminierung.

Erstunterzeichner dieses Aufrufes sind der SVP-Großrat Thomas Fuchs (Bern), Geschäftsführer des „Bund der Steuerzahler" und Verleger der Zeitschrift „DIE IDEE", der SVP-Stadtrat Erich J. Hess (Bern), Parteipräsident der „Junge SVP" im Kanton Bern und der SVP-Stadtrat Patrick Freudiger (Langenthal), Vorstandsmitglied der Vereinigung „Pro Libertate".

Hintergrund dieser Initiativen dürfte auch die am 24. September stattfindende Volksabstimmung über die bestehenden Schweizer Ausländer- und Asylgesetze sein. In einer ganzseitigen Anzeige in der „Schweizerzeit" mit dem Titel „Asylmißbrauch bekämpfen" ruft ein „Bürgerliches Komitee für den Rechtsstaat gegen



Plakat zur Kampagne 2 x Ja

Asylmißbrauch" (Flaach) dazu auf, mit „2 x Ja" für das Ausländer- und Asylgesetz zu stimmen. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs finden sich auch der Generalsekretär der SVP, Gregor A. Rutz, und der Herausgeber der „Schweizerzeit", der SVP-Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer. *hma* ■

Ausgeladen

SOEST. Nach Protesten linker und antifaschistischer Gruppen hat der „Bund der Vertriebenen" (BDV) in Soest auf die Festrede des Ex-Generalmajors Gerd Schultze-Rhonhof anlässlich des „Tags der Heimat" verzichtet. Wegen der aufgekommenen „emotionalen Erregung", so der BDV-Vorstand, wolle man so „die Teilnehmer und unseren Schirmherren, Herrn Landrat Wilhelm Riebniger, schützen".

In einem gemeinsamen Protestschreiben hatten „Junge Linke", WASG und Linkspartei dem Ex-Generalmajor vorgeworfen, die Geschichte in rechtem Sinne umzudeuten. „Wir nehmen es nicht hin, das Geschichtsrevisionisten im und um den ‚Bund der Vertriebenen' versuchen, ihre rechte Propaganda unter die Bürger zu bringen. Dass diesen auch noch öffentliche Räume (Rathaus) zur Verfügung gestellt werden, erschreckt uns sehr", heißt es in dem Schreiben. *hma* ■

Illustre Runde im Burschenhaus

ÖSTERREICH/WIEN. Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Globalisierung laden LDC Wien und die „Freiheitliche Akademie" am 28. Oktober ins Haus der Wiener Akademischen Burschenschaft Silesia ein. Als Teilnehmer der Diskussion angekündigt werden der für die FPÖ ins Europaparlament eingezogene Andreas Mölzer, der ehemalige Manager und „Der Eckart"-Autor Winfried Schuberth, der schon 2004 auf einem NPD-Kongress aufgetretene Richard Melisch und der langjährige FPÖ-Landtagsabgeordnete Rüger Stix. Geleitet wird die Podiumsdiskussion von Martin Pfeiffer, Chefredakteur der extrem rechten Zeitschrift „Die Aula" und im vergangenen Jahr Interviewpartner der „Deutschen Nationalzeitung" des DVU-Chefs Gerhard Frey. *hma* ■

Deutsche Akademie trifft sich in Thüringen

THÜRINGEN. Mit nachfolgendem Text wirbt zurzeit die nationalrevolutionäre „Deutsche Akademie" für ihr nächstes Arbeitstreffen „Nationalrevolutionär heute". Bei dem nicht genannten Ort in Thüringen dürfte es sich wiederum um Mosbach handeln. Der Kopf der Deutschen Akademie ist der ehemalige NPD-Funktionär Jürgen Schwab. In der Einladung heißt es:

„Vom 7. bis 8. Oktober 2006 wird in Thüringen die 3. Arbeitstagung ‚nationalrevolutionär heute' stattfinden. An dieser Veranstaltung wirken die Deutsche Akademie (DA), der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB), freie Kameradschaften und weitere Gruppen und Autoren mit. Ziel der Arbeitstagung ist es, Begriff und Idee des ‚Nationalrevolutionären' zu erörtern und Strategien zu entwickeln, mit denen nationalrevolutionäre Positionen Verbreitung finden könnten. Auf der kommenden, dritten Arbeitstagung sollen von den Teilnehmern zentrale Begriffe zur Analyse und Überwindung des Kapitalismus erarbeitet, vorgestellt und diskutiert werden. Es sind dies die Begriffe ‚Sozialismus', ‚Kapitalismus' und ‚westliche Werte'. ... Das Programm wird nicht von ‚Referenten', sondern von den Teilnehmern und Veranstaltern selbst gestaltet." *jc* ■

Beschlagnahmung von Anti-Nazi-Plakaten

NIEDERSACHSEN. Mit einer Plakataktion wollten Mitglieder der VVN-BdA und der Grünen Jugend in Stade ein Zeichen gegen die Wahlpropaganda der NPD bei den Kommunalwahlen setzen. Die Polizei beschlagnahmte das Plakat, das schon in etlichen Wahlkämpfen verwendet wurde und ein Hakenkreuz zeigt, das in einen Mülleimer entsorgt wird. Werner Pfennig, Vorsitzender der VVN-BdA dazu:

„Daraus ein Verfahren wegen §86a Strafgesetzbuch zu konstruieren ist offensichtlich widersinnig. Es ist etwa so als ob man behauptete, ein Parkverbotsschild würde zum Parken auffordern.

In einem ähnlich gelagerten Fall in Baden-Württemberg kam es zu einem Freispruch. In dem Urteil des Landgerichts Stuttgart vom 22. März heißt es:

„Der Verdacht einer Straftat nach § 86a STGB ist nicht gegeben… Im Hinblick auf die vorliegend verfahrensgegenständlichen Buttons und die Flugblätter ist schon auf den ersten Blick jedem unvoreingenommenen Betrachter klar, das die Bezugnahme auf das nationalsozialistische Kennzeichen in jeweils nachdrücklich ablehnendem Sinne geschieht…“

Wir fordern die Herausgabe der Plakate, die Einstellung des Verfahrens und ein Ende dieser Einschüchterungsversuche insbesondere gegenüber politisch wachen jüngeren Menschen.“

PM Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Internet: www.vvn-bda.de ■

Republikaner-Fraktion in Salzgitter

NIEDERSACHSEN. In Salzgitter haben die Republikaner bei der Kommunalwahl am vergangenen Wochenende erstmals zwei Stadtratsmandate gewonnen. Dirk Hacaj und Dieter Runde werden für die REP im Stadtrat sitzen. Die REP-Liste erhielt 3,6 Prozent der Stimmen. Weitere Mandate errangen die Republikaner in den Stadtparlamenten von Lehrte und Celle, im Gemeinderat Uetze und in der Regionsversammlung Hannover. Damit konnte die Partei die Zahl ihrer kommunalen Mandatsträger in Niedersachsen verdoppeln. *u.b.* ■

Stadt bietet 2,5 Millionen Euro

DELMENHORST. Am 14. September um 14 Uhr gab die Stadt Delmenhorst eine Pressekonferenz, auf der mitgeteilt wurde, man werde dem Hotelier Günter Mergel 2,5 Millionen Euro für sein „Hotel Am Stadtpark“ bieten. Nazi-Anwalt Jürgen Rieger soll Mergel schon vor Wochen 3,4 Millionen Euro für die Immobilie geboten haben. Stadtrat Linderkamp, der die Pressekonferenz leitete, dementierte auf Nachfrage, das Kaufangebot stehe in irgendeinem Zusammenhang mit dem Ende des Kommunalwahlkampfes am 10. September, in dessen Verlauf der geplante Hotelkauf durch Rieger eine große Rolle gespielt hatte. Das von der Stadt abgegebene Kaufangebot setzt sich zusammen aus 900.000 Euro, die die Spendensammlung der Aktion „Für Delmenhorst“ ergeben hat, 1,6 Millionen Euro steuert die Stadt dazu. Ein unabhängiges Gutachten war zu dem Ergebnis gekommen, dass das Hotel lediglich 1,3 Millionen Euro wert ist. Diese Summe wird von der Stadt auf 1,6 Millionen Euro aufgestockt.

Sollte sich Hotelier Mergel auf dieses Angebot nicht einlassen, dann hat die Stadt Delmenhorst absehbar ein gravierendes rechtsradikales Problem. Denn Nazi-Anwalt Rieger hat bereits Anfang August erklärt, er werde das Hotel nach dem Kauf als Schulungsstätte für die NPD und für die rechte Szene nutzen.

PM Forum gegen Rechts,14.09.06 ■

Wie verschiedene Zeitungen am 16.9. berichteten, hat der Besitzer Mergel das Angebot der Stadt als zu niedrig abgelehnt.

Kommunalwahl in Niedersachsen: NPD holt 18 Mandate

Niedersachsen. Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 10. September gelang es der NPD 18 Parlamentssitze zu ergattern, darunter der zur Zeit inhaftierte Holocaust-Leugner Rigolf Hennig.

Gremium	Prozent	Sitze	Name
Kreistag Helmstedt	3,3%	1 Sitz	Adolf Preuß
Stadtrat Helmstedt	4,6 %	2 Sitze	Friedrich Preuß, Elke Raabe
Ortsrat HE-Emmerstedt	10,8%	1 Sitz	Friedrich Preuß
Samtgemeinderat Nord-Elm	6,1%	1 Sitz	Adolf Preuß
Gemeinderat Süpplingen	10,9%	1 Sitz	Adolf Preuß
Kreistag Wolfenbüttel	1,7%	1 Sitz	Thomas Kupferschmidt
Stadtrat Vienenburg	2,8%	1 Sitz	Steffen Dittrich
Stadtrat Bad Lauterberg	3,7%	1 Sitz	Michael Hahn
Kreistag Stade	1,7%	1 Sitz	Adolf Dammann
Samtgemeinderat Harsefeld	2,4%	1 Sitz	Peter Brinkmann
Flecken Harsefeld	2,0%	1 Sitz	Heinrich Thomfohrde
Kreistag Rotenburg	1,4%	1 Sitz	Marc Reuter
Stadtrat Bremervörde	2,0%	1 Sitz	Marc Reuter
Kreistag Verden	2,8%	1 Sitz	Dr. Rigolf Hennig
Stadtrat Verden	3,9%	1 Sitz	Dr. Rigolf Hennig
Gemeinderat Dörverden	4,4%	1 Sitz	Daniel Fürstenberg
Stadtrat Wilhelmshaven	2,4%	1 Sitz	Peter Müller

Fast 4000 Menschen wählten im Landkreis Verden die NPD. Damit rückt der vorbestrafte Rigolf Hennig (NPD) in den Kreistag ein. Hennig sitzt zur Zeit eine Strafe ab. Der Vater von 9 Kindern und ehemalige Chirurg gehört zum Umfeld der Holocaust-Leugner um Haverbeck und Mahler und brüstet sich auch damit, im gewaltbereiten Südtiroler Nazi-Widerstand mitgekämpft zu haben. In der Gemeinde Dörverden – dort liegt der Heisenhof – erzielte die NPD nur etwa 0,5 Prozent mehr als bei der Bundestagswahl, kam aber damit auf 4,5 Prozent und so rückt der stellvertretende JN-Landesvorsitzende Daniel Fürstenberg, ehemaliger Hooligan aus Osterholz-Scharmbeck, in den Gemeinderat ein. Er gilt als gewaltbereit. Gegen ihn läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung vor dem Heisenhof aus dem Jahr 2005.

Auch in Wilhelmshaven rückt die NPD mit einem Mann, Peter Müller in den Stadtrat ein.

Die NPD um Adolf Damannn erzielte 1,7 Prozent (immerhin über 4500 Stimmen) im Landkreis Stade. Damit zieht Damann, Vize-Vorsitzender der niedersächsischen NPD, in den Stader Kreistag ein.

Quelle: indymedia ■

Dortmund, 2. September

Zu der bundesweit angekündigten Naziaktion zum Antikriegstag in Dortmund kam eine relativ geringe Teilnehmerzahl von ca. 250 Nonazis. Anmelder war Christian Worch. Bei zwei Kundgebungen in unmittelbarer Nähe zum Naziaufmarsch fanden sich 600 - 700 Menschen ein, die lautstark gegen diese Provokation protestierten.

Auf der Kundgebung des „Arbeitskreis gegen Rechtsextremimsus“ sprach Guntram Schneider, Vorsitzender des DGB in NRW.

Fronttransparent des „Nationalen Widerstand Dortmund“, im Vordergrund Anmelder Christian Worch



Antifaschistische Protestaktionen - ein großes Polizeiaufgebot sicherte den Naziaufmarsch ab

Gewaltbereitschaft, dokumentiert auf den T-Shirts der Teilnehmer



Dass sowohl das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, als auch das Oberverwaltungsgericht Münster eine polizeiliche Verbotsverfügung der Neonazi-Demonstration verwarfen, „ist absolut nicht nachvollziehbar“, so der Arbeitskreis.

Die Arbeiterfotografen aus Köln waren an diesem Tag in Dortmund und haben eindrucksvolle Bilder gemacht, von denen wir hier eine Auswahl zeigen.

Die gesamte Reportage ist unter **www.arbeiterfotografie.com** zu sehen.

Hüter der Verfassung als Sündenböcke

BERLIN. Innenpolitiker von SPD und CDU wollen NPD-Verbotsverfahren 2010 neu aufrollen – wenn das Bundesverfassungsgericht neu besetzt ist. „Wie sich derzeit einige Politiker von SPD und CDU gegenüber dem Bundesverfassungsgericht verhalten, ist nicht hinnehmbar" erklärt dazu Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Sie weist darauf hin, dass das Verbotsverfahren gegen die NPD 2002 scheiterte, weil V-Männer des Verfassungsschutzes hohe Ämter in der Partei innehatten. Drei Richter verhinderten deshalb die Zustimmung zur Eröffnung des Verfahrens. „Den Richtern blieb gar nichts anderes übrig."

„Wenn eine Partei derart mit V-Leuten der Ämter für Verfassungsschutz durchsetzt ist, dass das Parteihandeln nicht mehr eindeutig der Partei zugeschrieben werden kann, können die Richter gar nicht anders entscheiden. Die Verantwortung ist also nicht den Hütern der Verfassung zuzuschieben, sondern den vorgeblichen Verfassungsschützern. Sie haben der Demokratie einen Bärendienst erwiesen. Dass nun der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, Sebastian Edathy (SPD) und der thüringische Innenminister Karl-Heinz Gasser (CDU) fordern, dass Verbotsverfahren 2010 wieder aufzunehmen, ist respektlos. Sie spekulieren offen darauf, dass andere Richter anders entscheiden würden. Damit erwecken sie den Eindruck, als läge es an den drei Verfassungsrichtern selbst, dass der Verbotsantrag nicht zugelassen wurde." Die Abgeordnete forderte, unabhängig von einem neuen Verbotsverfahren politisch die Auseinandersetzung mit den Neonazis zu suchen. „Besonders in Ostdeutschland sind die Neonazis zivilgesellschaftlich verankert – in Vereinen, in der freiwilligen Feuerwehr, bei der Arbeit mit Jugendlichen. Dagegen hilft kein Verbot, sondern nur die offene Auseinandersetzung. Wenn die Koalition nun Strukturprojekten den Geldhahn zudreht, die Ausgangspunkt für eine solche Auseinandersetzung sein können, überlässt sie den Neonazis das Feld. Debatten über Verbotsverfahren sind dann nur noch symbolische Politik."

Berlin, 14. September 2006,
PM Ulla Jelpke, MdB ■

Skinhead-Konzert aufgelöst

SONNEBERG. Die Polizei hat am Samstag, 9. September in Sonneberg ein Skinhead-Konzert aufgelöst. In einem Gebäude, das Rechtsextreme häufiger für Veranstaltungen nutzen, hatten sich nach Angaben der Polizei von Sonntag rund 200 Besucher eingefunden. Die Beamten stellten Musikinstrumente sowie 30 CDs sicher, die auf rechtsextreme Texte geprüft werden. Zwei Männer wurden vorläufig festgenommen, weil sie den Aufforderungen der Beamten nicht folgten.

nach Presseberichten ■

Neonazi-Konzert in Düren durfte stattfinden

Am Samstag, den 2.9. haben in der Dürener Innenstadt nach Recherchen der Antifa Düren die örtliche NPD und die „Kameradschaft Aachener-Land" im Hof der Gaststätte „Gütershop" (Arnoldsweilerstr. 37) einen so genannten „Liederabend" durchgeführt. Aufgetreten sind neonazistische „Liedermacher" aus Sachsen und Wilhelmshaven. Angekündigt war auch der Sänger der Gruppe „Jungsturm", einer Band, die in der Vergangenheit auch auf Konzerten des in Deutschland seit September 2000 verbotenen militanten Neonazi-Netzwerkes „Blood & Honour" auftrat. Rechtsrock – dazu zählen auch die rechten „Liedermacher" – transportiert nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut und ist gerade für Jugendliche oftmals die „Einstiegsdroge" in die Szene. Nicht selten war Rechtsrock schon Begleitmusik zu Mord und Totschlag – im wahrsten Sinne der Wörter.

NPD sammelt Geld für Waffen-SS

Bereits am 29. Juli hat ebenfalls in der Gaststätte „Gütershop" ein „Sommerfest" der NPD stattgefunden, an dem Parteiangaben zufolge 130 Personen „aus ganz NRW" teilgenommen haben sollen. Bei dieser Veranstaltung wurden u.a. Spenden für eine von der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS" (HIAG) gegründeten Stiftung gesammelt. Verantwortlich für den „Liederabend" zeichneten in einer Presseerklärung der einschlägig bekannte und vorbestrafte Anführer der „Kameradschaft Aachener-Land", Rene Laube aus Langerwehe, und der Vorsitzende des NPD-Ortsverbandes Düren, Ingo Haller aus Inden-Pier. Damit haben in Düren innerhalb von nur wenigen Wochen zwei größere neonazistische Veranstaltungen stattgefunden. Seit geraumer Zeit bemühen sich NPD und „Kameradschaft Aachener-Land", Strukturen im Kreis Düren auf- und auszubauen.

Staatsschutz und Dürener Polizei – Teil des Problems, nicht der Lösung

Die zunehmenden Aktivitäten von Neonazis in Düren sind beunruhigend. Skandalös aber ist die Rolle der Polizei. Bereits am 19. August haben Antifa Düren und VVN-BdA in einer Presseerklärung auf die Konzertpläne hingewiesen. In einem persönlichen Gespräch mit Landrat Wolfgang Spelthahn haben Vertreter der VVN-BdA den angekündigten „Liederabend" thematisiert. Die geplante Veranstaltung der Neonazis war also der Polizei frühzeitig bekannt. Auch deshalb, weil die örtliche Neonazi-Szene von Polizeispitzeln durchsetzt ist. Nach Auskunft von Spelthahn arbeiten „drei von zehn Neonazis mit dem Staatsschutz zusammen". Dem für den Kreis Düren zuständigen Staatsschutz der Aachener Polizei waren laut Dürener Zeitung vom 25. August die Konzertplanungen ebenfalls bekannt. In dem persönlichen Gespräch hat der Landrat zugesagt, die Öffentlichkeit zu informieren, sollte die Veranstaltung im Kreis Düren stattfinden und sich nicht im Vorfeld verhindern lassen. Entgegen dieser Zusage wurde weder im Vorfeld noch im Nachhinein die Öffentlichkeit informiert. Während in Düren Neonazi-Veranstaltungen augenscheinlich in Abstimmung und unter dem Schutz der Polizei stattfinden können, wird der berechtigte Protest gegen diese braunen Umtriebe als störend empfunden. „Ruhe soll herrschen" ist die Devise der Kreispolizeibehörde. Diese Ruhe kann angesichts der politischen Ziele der Neonazis nur eine Friedhofsruhe sein. Indem Stillschweigen über die Neonazi-Aktivitäten herrscht, wird diesen erst der Spielraum für ihre menschenverachtende Politik gegeben.

Nazigegner werden kriminalisiert

Teil des Konzepts der Friedhofsruhe ist das Vorgehen der Polizei gegen die Nazi-Gegner. Derzeit muss sich ein Dürener Antifaschist vor Gericht verantworten. Er hatte im April 2005, im Vorfeld der Landtagswahl, gegen das Auftreten der neonazistischen NPD in der Dürener Innenstadt protestiert. Der nun Beschuldigte hatte sich damals auf Anfrage der Polizei als Leiter der spontanen Versammlung zur Verfügung gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat aufgrund erfundener Beschuldigungen durch die Dürener Polizei ein Verfahren wegen „Verstoßes gegen das Versammlungsrecht" konstruiert. Wem diese Politik der Polizei nützt, haben die Neonazis sehr wohl erkannt. Per Presseerklärung bedankte sich die NPD bei der Polizei für „die gute Zusammenarbeit im Vorfeld" des „Liederabends".

Wir appellieren an die demokratische Öffentlichkeit, nicht länger tatenlos dem erstarkenden Neonazismus im Kreis Düren zuzusehen und endlich gegen Neofaschismus aktiv zu werden. Dazu gehört auch, öffentlichen Druck auf die polizeilichen Stellen auszuüben, damit diese endliche die fatale und gescheiterte Politik des Verschleierns von Neonazi-Aktivitäten beenden. Wir fordern das Ende der Kriminalisierung von antifaschistischem Engagement.

Antifa Düren, VVN-BdA Düren,
5. September 2006 (gekürzt) ■

26. Jahrestag des faschistischen Oktoberfestanschlags

Vergessen? Nein!

1980, am 26. September wurde beim Münchner Oktoberfest eine Splitterbombe gezündet. 13 Menschen verloren dabei ihr Leben, über 200 wurden zum Teil schwer verletzt, viele davon erlitten bleibende Behinderungen.

Die blutige Spur führte zu den organisierten Neonazis. Doch die bayerischen Staatsorgane haben diese Spur vertuscht und stattdessen die Theorie vom „Einzeltäter" in die Welt gesetzt und festgeschrieben. Bis heute ist der größte Terroranschlag der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht aufgeklärt.

Erst kürzlich haben neue Enthüllungen über die rechtsextreme Geheimorganisation „Gladio" und deren Verbindung zu staatlichen Stellen die Einzeltätertheorie erneut in Frage gestellt. Doch wieder wird den Spuren nicht nachgegangen. Die Akten des Wies'n-Attentats sind seit 1982 geschlossen, neue Erkenntnisse sind offensichtlich unerwünscht. Opfer des Anschlags und eine breite demokratische Öffentlichkeit hören deswegen nicht auf, auf der Wiederaufnahme der Ermittlungen zu bestehen.

Heute wird von den staatlichen Stellen alle 34 Minuten eine rechtsextreme Straftat registriert und die Dunkelziffer ist gewaltig. Während in den Medien und in den Politikerreden kaum ein Wort mehr über die grauenvollen Gewalttaten gegen Ausländer, Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle oder einfach anders Aussehende festzustellen ist, sind selbst die registrierten Gewalttaten 2005 im Vergleich zum Vorjahr um fast 30% angestiegen. Vor 5 Jahren demonstrierte die Regierung noch, dass etwas getan werden muss – und stellte den Antrag auf Verbot der NPD. Der brachte nur ans Tageslicht, wie sehr die NPD selbst eine Zucht des staatlichen Organs namens „Verfassungsschutz" ist und das Verfahren wurde eingestellt. Seitdem tut man so, als könne man nichts tun.

Dabei müssten die Regierenden nur das Grundgesetz beachten, nach dem gilt, was die Alliierten 1945 für uns festschrieben: Dass alle Naziorganisationen als verboten zu behandeln sind und sofort aufgelöst werden müssen.

Die Mahn- und Schutzwache ...

wird seit 1983 am Jahrestag des faschistischen Oktoberfestattentats durchgeführt. Sie ist eine der vielen Bemühungen von Münchner Antifaschisten und Gewerkschaftern in den letzten 20 Jahren, der Forderung nach Wahrheit und Konsequenzen Geltung zu verschaffen. Denn obwohl bei dem Bombenleger ein Mitgliedsausweis der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann gefunden wurde und auch zahlreiche weitere Hinweise die Akten der Bundesanwaltschaft füllten, wurde gegen Bandenchef Hoffmann nicht einmal ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Stattdessen wurde nach bereits 9 Monaten die Ermittlungskommission aufgelöst und nach bereits 2 Jahren die Aktendeckel endgültig zugeklappt.

Die demokratische Öffentlichkeit aber ließ nicht locker. Münchner Gewerkschafter und Antifaschisten bildeten 1981 eine Initiative „Dem Naziterror Einhalt gebieten", die am 26.9.1981 eine Demonstration durchführte, später organisierte die DGB-Jugend bis 1990 alljährlich den Fackelzug „Den Neonazis keine Chance".

1982 wurde die Kundgebung „Es klagen an" u.a. mit Ignaz Platzer, Vater zweier ermordeter Kinder, von der Stadt München verboten. Durch die Hartnäckigkeit der Veranstalter und die breite Solidarität konnte die Kundgebung 14 Tage später durchgeführt werden.

1983 kämpften die Opfer des Anschlags und ihr Anwalt Werner Dietrich um Akteneinsicht und um Wiederaufnahme der Ermittlungen. „Für uns steht fest, dass Gundolf Köhler kein Einzeltäter war. Die zahlreichen Widersprüche der Untersuchungen verlangen dringend einer Klärung."

Zum 20. Jahrestag des Anschlages riefen über 70 Organisationen zu einer gemeinsamen Demonstration unter dem Motto „Aufstehen gegen Naziterror, Rassismus und Antisemitismus!" auf.

Zum 25. Jahrestag des Anschlags wurde mit einer öffentlichen Rekonstruktion der Ermittlungen der Forderung nach Wiederaufnahme der Ermittlungen Nachdruck verliehen.

Auch in diesem Jahr, dem 26. Jahrestag des faschistischen Oktoberfestanschlags sind wieder Aktivitäten geplant:

- **9.30 Uhr** Kranzniederlegung der DGB-Jugend
- **10 - 18 Uhr** Antifaschistische Mahn- und Schutzwache
- **19 Uhr** Informationsveranstaltung im DGB-Haus

– Wer war die Wehrsportgruppe Hoffmann? Wie sah ihre Verwicklung in Mordanschläge aus?
– Welches Verhältnis hatte sie zu der Bundeswehr und zu den bayerischen Staatsorganen?
– Wie steht es heute mit Wehrsport- und Neonazigruppen?
– Welches Verhältnis haben sie heute zu Bundeswehr und anderen Staatsorganen?
Dazu haben wir Ulrich Sander, Landessprecher der VVN in NRW und Autor z.B. von „Szenen einer Nähe – vom großen RechtsUm bei der Bundeswehr" eingeladen.

Außerdem informieren wir über den aktuellen Stand der Bemühungen um die Wiederaufnahme der Ermittlungen.

Das DGB-Haus befindet sich in der Schwanthalerstr. 64, ganz in der Nähe des Haupteingangs des Oktoberfests.

Aufruf , gez. Martin Löwenberg, VVN-BdA München u. Hedwig Krimmer, ver.di ■





Blumen für Stukenbrock

Am Samstag, 2.9. fand auf dem Sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock/Senne eine Gedenkfeier statt. Rund 65.000 sowjetische Kriegsgefangene wurden im Lager 326/VI-K Stukenbrock zwischen 1941 und 1945 zu Tode gequält. Außer ihnen starben dort zahlreiche Gefangene aus Polen, Frankreich, Jugoslawien und Italien. Die Gedenkrede hielt in diesem Jahr Tobias Pflüger, MdE.

„Und sorget Ihr, die Ihr noch im Leben steht, dass Frieden bleibt, Frieden zwischen den Menschen, Frieden zwischen den Völkern", so die Inschrift auf dem Gedenkstein.

Fotos: arbeiterfotografie, Jochen Vogler

Mehr als 70 Jahre nach dem Machtantritt des Faschismus

Ärztekammer gedenkt der verdrängten, verfolgten, ermordeten jüdischen Ärzte

Hamburg. Am 13. September gedachte die Ärztekammer der Verdrängung, Verfolgung und Ermordung Hamburger Ärzte in der Zeit des Faschismus. Im Eingangsbereich des Ärztehauses wurde eine Gedenktafel enthüllt, dabei wurden von Ärzten die Namen der ermordeten Kolleginnen und Kollegen verlesen.

Wenige Wochen nach dem Machtantritt des Faschismus, im April 1933, begann wie im ganzen Reich auch in Hamburg die Entlassung „nichtarischer" Ärzte aus Krankenhäusern, Universität und Gesundheitsverwaltung. Mindestens 53 Krankenhausärzte erhielten die Kündigung, allein im Krankenhaus St. Georg wurden 14 von 75 Ärzten entlassen, darunter das Vorstandsmitglied der Ärztekammer Prof. Arthur Lippmann. Fast parallel wurde den jüdischen niedergelassenen Ärzten die Kassenzulassung entzogen, sie gerieten zunehmend an den Rand der Existenz, weil immer mehr Patienten wegblieben. Drei Viertel der jüdischen Ärzte emigrierte in den Folgejahren, die meisten in die USA, nach England oder Palästina, nicht wenige konnten nie wieder ihren Beruf ausüben. Über die, die blieben, wurde 1938 ein totales Berufsverbot verhängt, viele wurden in der Pogromnacht vom 9. November verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Mindestens 39 jüdische Ärzte aus Hamburg wurden in den Vernichtungslagern ermordet, von 16 Ärzten ist bekannt, dass sie ihrem Leben selbst ein Ende setzten.

Viele lange Jahrzehnte hat es gedauert, bis die ärztlichen Standesverbände mit der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Verdrängung und Verfolgung jüdischer Ärzte begonnen haben und dabei auch ihre eigene Geschichte kritisch durchleuchteten. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass mehr als die Hälfte der deutschen Ärzte Mitglied der NSDAP waren; viele ärztliche Standesvertreter waren aktiv beteiligt an der Ausgrenzung und am Entzug der Kassenpraxis der jüdischen Ärzte. Die 1933 gegründete Kassenärztliche Vereinigung ging dabei so wüst vor, dass sogar das Reichsarbeitsministerium als Aufsichtsbehörde ein Drittel ihrer Bescheide wieder aufhob.

Zu den Gründen, aus denen die ärztlichen Standesorganisationen nach 1945 jahrzehntelang den „Mantel des Schweigens" über die Verfolgung ihrer jüdischen Mitglieder legten, sagte vor einigen Jahren der Vorstandsvorsitzende der Berliner Kassenärztlichen Vereinigung aus Anlass einer Gedenkveranstaltung:

„Ja, Berliner Kassenärzte haben sich im Nationalsozialismus aktiv beteiligt an dieser menschenverachtenden, auf einer gefährlichen Rassenideologie gegründeten Politik. Widerstand aus unseren Reihen war marginal – und die aktive Unterstützung von faschistischer Ideologie und Rassenwahn war ein Verhalten, das bis heute unseren Stand beschämen muss. Warum stellen wir uns erst jetzt diesen Geschehnissen? Warum wagen wir erst jetzt Schritte – hin zu einer Auseinandersetzung?

Nach dem Kriegsende, als sich die Vorläuferstrukturen der heutigen KV bildeten, waren es ja in der Regel wieder dieselben Kassenärzte, die die Vertreibung ihrer Kollegen letztlich gutgeheißen hatten. Es waren dieselben Führungskräfte, die die Vertreibung radikal durchgesetzt hatten. Ich will ein Beispiel nennen: Rechtsanwalt Dr. Clemens Bewer gehörte zur Führungsmannschaft der im August 1933 gegründeten Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, unter deren Ägide unverzüglich die lokalen KVen in das Gefüge nationalsozialistischer Machtausübung eingebunden wurden. Auch die bisherige KV Berlin wurde als „Provinzstelle Groß-Berlin der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands" gleichgeschaltet. Dr. Bewer war nach dem Krieg Justitiar der „Vereinigung der Sozialversicherungsärzte von Groß-Berlin" in der ersten Hälfte der 50er Jahre, die 1955 namentlich in die KV Berlin umgewandelt wurde. Es waren solche Kräfte – das ist in Unterlagen der KV belegt – die sich und Kassenärzte vor unliebsamen Nachforschungen „schützten". Und dies bis in die 80er Jahre hinein, als die Ärztekammer das Thema „Medizin und Nationalsozialismus" aufnahm und dafür von der KV attackiert wurde."



Das Israelitische Krankenhaus. Von Anfang an versuchten die Nazis das Krankenhaus zu ruinieren und zugleich zu einer rein jüdischen Einrichtung zu machen. Innerhalb von vier Jahren sank der Anteil nichtjüdischer Patienten von 60 auf 28%.

Die Hamburger Ärzteorganisationen haben die Aufarbeitung etwas später in Angriff genommen als die Berliner. Angestoßen durch zwei engagierte Ärzte, die im Archiv der Ärztekammer vergebens nach Informationen suchten, gab die Ärztekammer vor zwei Jahren bei der Historikerin Anna von Villiez die Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Verdrängung und Verfolgung jüdischer Ärzte in Auftrag. Das Projekt wird durch Spenden von Ärztinnen und Ärzten finanziert, wahrscheinlich im April nächsten Jahres wird sie das geplante Gedenkbuch vorlegen. *scc* ■

„Zwangsarbeit im Rhein-Neckar-Raum. Eine andere Heimatgeschichte"

Ein mehrjähriges Schulprojekt an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried wurde jetzt mit einer Internetpräsentation abgeschlossen: „Zwangsarbeit im Rhein-Neckar-Raum. Eine andere Heimatgeschichte". Es geht dabei um französische Zwangsarbeiter aus Lothringen. Sie haben trotz damals teilweise schwieriger Verhältnisse keine Entschädigungen bekommen.

Deshalb versucht das Schulprojekt unter Leitung von Peter Koppenhöfer ihnen durch die Website wenigstens etwas Aufmerksamkeit zu widmen. Die Männer und Jungen aus Städten und Gemeinden westlich des Vogesenkamms (Departements Vosges und Meurthe et Moselle) wurden im November 1944 vor allem in den Rhein-Neckar-Raum verschleppt.

Die Internetpräsentation dokumentiert das am Beispiel von 11 verschiedenen Städten und Gemeinden durch Interviews und Tagebücher von Betroffenen. Außerdem wird versucht, die beiden Länder durch eine Zwangsarbeit-Website zu verbinden: Das Schulprojekt hat 38 deutschsprachige und 20 französischsprachige Seiten erstellt. Dabei kommen über 40 Ehemalige zu Wort. *o* ■

http://zwangsarbeit.igmh.de (mit Netscape funktioniert zur Zeit leider nur ein Teil).



Applaus von Rechts

Innenminister Sarkozy um Profilierung bemüht: Abschiebungen nach „Legalisierungsoperation", Häuserräumungen, Strafrechtsreform

Den Sommer über verhinderten die Widerstände von französischen Eltern, Lehrern, Schülern und von in Kollektiven des „Netzwerks Bildung ohne Grenzen" (RESF, Réseau Education sans frontières) zusammengeschlossenen AktivistInnen, dass es in größerer Zahl zur Abschiebung schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher kam. Um sie herum hatte sich in den letzten Monaten eine breite Mobilisierung gebildet.

Im Juli und August kam es so „nur" zu vier Abschiebungen von Schülern an französischen Gymnasien, die bereits die Volljährigkeit erreicht hatten. Dabei löste vor allem die Abschiebung des 19-jährigen Jeff Babatundé-Shittu nach Nigeria, wo seinen Angaben zufolge vor zwei Jahren seine Mutter aus politischen Gründen ermordet worden war, Proteste aus. Sie konnte leider nicht verhindert werden, obwohl um die 50 Menschen am Flughafen protestierten und zehn Passagiere des Flugzeugs sich weigerten, sich auf ihren Sitzen niederzulassen und ihre Sicherheitsgurte anzulegen, solange sich der unfreiwillige Passagier an Bord befinde. Normalerweise kann in einem solchen Falle der Pilot grundsätzlich die Durchführung der Abschiebung verweigern, da er sich aufgrund des „Durcheinanders" an Bord auf Sicherheitsgründe berufen kann, ohne dafür dienstlich belangt werden zu können. In diesem Falle aber war die Regierung auf Nummer Sicher gegangen: Als Bordkommandanten auf dem Air France-Linienflug hatte man ein bekanntes Mitglied der konservativen Regierungspartei UMP ausgewählt, Labaune, der auch schon ein Bürgermeisteramt für die Partei bekleidet hatte. Statt aus Sicherheitsgründen die Abschiebung zu verweigern, ließ er die Polizei an Bord rufen, die zwei unwillige Passagiere festnahm und abführte.

Im Frühsommer dieses Jahres hatte sich gezeigt, dass die Ankündigung, der im Herbst 2005 durch Sarkozy bis zum Ende des vergangenen Schuljahres gewährte Abschiebeschutz werde auslaufen, in breiten Kreisen Proteste auslöste. Im Juni hatte Innenminister und Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy daher angeboten, einen Teil der betroffenen Familien mit schulpflichtigen Kindern oder Jugendlichen zu „legalisieren", ihnen also eine Erlaubnis zum legalen Aufenthalt zu verschaffen, auf der Grundlage mehrerer Kriterien. Dazu gehörte das (dehn- und auslegbare) Merkmal der „guten Integration in die französische Gesellschaft" sowie das Kriterium der französischen Sprachkenntnisse. Bis zum 13. August hatten die betroffenen Familien Zeit, ihre Dossiers bei den Präfekturen zu hinterlegen.

Sorry, die Quote ist voll!

Bereits im Juli dieses Jahres hatte Sarkozy erklärt, er rechne damit, dass 20.000 Anträge gestellt würden und dass am Ende 6.000 Aufenthaltserlaubnisse erteilt würden. Nun hat sich herausgestellt, dass es ungefähr ein Drittel mehr „Legalisierungs"anträge geworden waren. Doch Sarkozy blieb trotzdem bei seinen Zahlen. Auch nach dem Ende der Antragsfrist sprach er von 6.000 zu erwartenden Aufenthaltsgenehmigungen. Nicht mehr und nicht weniger. Dies klingt wie eine in Sollzahlen gefasste Anordnung an die ihm unterstehenden Präfekten – ein für Sarkozy typisches Vorgehen, denn in ähnlicher Form legt er alljährlich die Sollzahlen von Abschiebungen für seine Untergebenen fest, die bis Jahresende erfolgen müssen.

Tatsächlich zeigt die Erfahrung aus den einzelnen Schulen und Stadtbezirken in den vergangenen Wochen, dass offensichtlich ziemlich systematisch alle Dossiers abgelehnt worden sind, die im August bei den Ausländerbehörden eingingen - gleichgültig, ob die betroffenen Familien die aufgestellten Kriterien zu erfüllen schienen oder nicht. Anscheinend war die von Sarkozy aufgestellte Quote, die sich in der Zahlenvorgabe „6.000" ausdrückte, schon voll.

Aber die Gleichgewichtsübung ging noch weiter. Das Motto lautet offenkundig: Die Einen ins Töpfchen für die humanistisch gesinnten Wähler; und die Anderen ins Kröpfchen, damit die eher rassistischen oder autoritär veranlagten Wähler sich berücksichtigt fühlen dürfen. Alles eine Frage der Dosierung: Gerechtigkeit und Härte, respektive „Standfestigkeit und Humanität", das ist Sarkozys selbsterklärte Devise. „Besorgt, sich nur ja keine Unterstützung für die kommende Präsidentschaftswahl entgehen zu lassen", so analysierte die linksliberale Tageszeitung ‚Libération' in ihrer Ausgabe vom 18. August, „glaubt er, bei den sensiblen Themen ein Gleichgewicht zu finden, indem er in eine Richtung losschlägt, sobald er denkt, dass er in einer anderen Richtung konziliant war... Nachdem er am Dienstag (15. August) bekannt gegeben hatte, dass er ungefähr 6.000 illegalen Einwanderern mit schulpflichtigen Kindern in Frankreich eine Aufenthaltserlaubnis geben würde, musste er nach seiner Logik (anderswo) kräftig zuschlagen, um seinen Wählern den Eindruck zu geben, dass er unnachgiebig bleibe."

Am 17. August ließ Innenminister Nicolas Sarkozy deshalb das größte besetzte Gebäude in Frankreich räumen. Es handelt sich um ein ehemaliges Studentenwohnheim in Cachan, einer Vorstadt 5 Kilometer südlich von Paris. Das regionale Studentenwerk möchte es abreißen und stattdessen einen Parkplatz errichten lassen. Aber seit mehreren Jahren lebten 700 bis 1000 in dem Großbau, die meisten von ihnen Einwanderer – mehrheitlich Afrikaner, einige Maghrebiner, in jüngerer Zeit auch Osteuropäer. Einige von ihnen sind Sans papiers, also „ illegale" Immigranten. Andere leben und arbeiten völlig „legal" in Frankreich, haben aber auf dem so genannten freien Wohnungsmarkt keine Chancen aufgrund der riesigen Anforderungen: Mietpreise, Einkommensnachweise, Bürgen und Garanten.

Nicolas Sarkozy interessierte vor allem, dass er zu Beginn des Vorwahlkampfs durch die Räumung einen „Coup" in den Medien landen konnte. Den „legalen Ausländern" unter den Bewohner wurde eine kurzfristige Übergangslösung angeboten, die für die meisten Familien unakzeptabel waren. Oft handelt es sich um Zimmer in heruntergekommenen Hotels, wo man nicht kochen kann und die nicht kindergerecht sind. 200 bis 250 Menschen besetzten daraufhin eine Turnhalle in Cachan, dessen sozialistischer Bürgermeister zunächst nicht die Polizei rufen, sondern verhandeln wollte – weshalb Sarkozy ihn in seiner Rede beim Unternehmerverband MEDEF am 31. August (wo er auch seine Pläne für eine Einschränkung des französischen Streikrechts verkündete) öffentlich verspottete. Die versammelten Besser- und Bestverdienenden lachten und prusteten, als Sarkozy verkündete: „Der Bürgermeister von Cachan wollte die (Geräumten) in einer Turnhalle aufnehmen. Jetzt hat er ein Problem."

Joseph Rossignol, Bürgermeister der Nachbarstadt Limeil-Brevannes, schlug am zweiten Wochenende im September eine andere Lösung vor: Per Rathausverordnung beschlagnahmte er die riesigen, leerstehenden Gebäude des Verteidigungsministeriums, die auf dem Boden seiner Kommune liegen. Der Präfekt als Vertreter des Zentralstaats hinderte die Kommunalvertreter jedoch am Betreten des Gebäudes und hat angekündigt, gegen den Rathausbeschluss zu klagen – am Montag. Auch Tage später war die Klage jedoch nicht eingereicht worden. →

Ddie Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' am 14. August schilderte auf einer vollen Seite, die hygienischen und sanitären Zustände in der Turnhalle von Cachan würden allmählich unerträglich.

Der Abwehrspieler der französischen Fussball-Nationalmannschaft Liliane Thuram und der neue Mannschaftskapitän Patrick Vieira gönnten den Zwangsgeräumten wenige Tage zuvor eine Atempause. Sie luden 80 von ihnen, auf eigene Kosten, auf reservierte Plätze beim Länderspiel Frankreich/Italien ein. Die Rechte aller Schattierungen tobte. Der Sarkozy-Freund und UMP-Abgeordnete Yves Jégo urteilte, man könne „ein großer Sportler, aber in der Politik ein armseliges Individuum" sein, und der rechtskatholische Graf (und Präsidentschaftskandidat) Philippe de Villiers echauffierte sich über „Fußballmilliardäre, die der Gesellschaft Morallektionen erteilen wollen".

Aber drei Viertel der Franzosen erklärten bei einer Umfrage, „nichts Schockierendes" an der Einladung zu entdecken. Gut 10.000 Menschen demonstrierten unterdessen am 9. September, einem Sonnabend, in Paris für Solidarität mit den Zwangsgeräumten. Schauspieler, Komiker und Sportler fuhren in den Tagen zuvor nach Cachan, um dort ihre Unterstützung zu bekunden.

Das neue Gesetz zur „Kriminalitätsprävention"

Am 13. September begann im Senat, dem „Oberhaus" des französischen Parlaments, die Debatte um den Gesetzentwurf zur Strafrechtsreform und zur „Kriminalitätsprävention". Der im Juni dieses Jahres durch Innenminister Nicolas Sarkozy präsentierte Text war zuvor durch die Nationalversammlung, also das „Unterhaus", verabschiedet worden. Im Moment trägt der Text noch einen Kompromisscharakter, vor dem Hintergrund der Konfliktlinien innerhalb des regierenden bürgerlich-konservativen Blocks. An einigen Punkten hat der amtierende Premierminister Dominique de Villepin Verschärfungen blockiert, die sein Innenminister und Rivale Sarkozy – der Parteichef der regierenden UMP und mutmaßliche konservative Präsidentschaftskandidat im kommenden April - gefordert hatte. Dies bedeutet, dass weitere Verschärfungen im Falle eines entsprechenden Ausgangs der Präsidentschaftswahl, und der ihnen um einige Wochen folgenden Parlamentswahlen, nicht ausgeschlossen sind.

So hatte Nicolas Sarkozy im Vorfeld gefordert, das Jugendstrafrecht ab dem Alter von 16 Jahren völlig abzuschaffen und 16- oder 17-jährige Straftäter künftig automatisch dem Erwachsenenrichter zu unterstellen. „Die 1945 eingeführte Jugendgerichtsbarkeit ist nicht mehr zeitgemäß (...), wenn Sie einen 1,90 Meter großen Lulatsch vor sich stehen haben, der Wiederholungstäter ist", tönte Sarkozy im Mai dieses Jahres. Doch an diesem Punkt hat er sich vorläufig nicht durchsetzen können.

Dennoch enthält der Gesetzentwurf, so wie er in einigen Wochen in Kraft treten dürfte, brisante Punkte. Repressive Maßnahmen, die besonders von dem betroffenen Berufsstand der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter angeprangert werden und zur Gründung von Protestgruppen unter dem Titel „Collectif anti-délation" (Kollektiv gegen Denunzierung) geführt haben. So sieht der Text vor, das Berufsgeheimnis für Sozialarbeiter faktisch aufzuheben. Bisher zählte es zu den Grundlagen dieses Berufsstands, dass ein Vertrauensverhältnis zu den von ihnen betreuten Personen geschaffen werden konnte – indem sicher gestellt war, dass individuelle Daten vertraulich behandelt und nicht den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt würden.

Neue Macht für die Bürgermeister

Ferner sollen die Bürgermeister künftig verstärkt repressive Gewalt zuerteilt bekommen. Sie sollen etwa Zugang zu allen Daten von „sensiblen Gruppen", die durch sozialarbeiterisch tätige Personen betreut werden, bekommen. Gleichzeitig werden sie künftig über die Streichung von familienbezogenen Sozialleistungen – wie insbesondere Kindergeld oder Schulbeihilfen – entscheiden können, wenn sie auf diesem Wege Kenntnis davon erhalten, dass Kinder oder Jugendliche aus „sozialen Problemfamilien" straffällig geworden sind oder zu häufig die Schule schwänzen. Kritiker befürchten, dass damit lokale Amtsträger, vor allem in sensiblen Vorwahlperioden, ein enormes Druckmittel an die Hand bekommen.

Und während wirtschaftliche Grundfragen, die die gesamte Bevölkerung eines Gebiets betreffen können, durch den zunehmenden Rückzug des Staates aus Belangen der Ökonomie „entpolitisiert" und zur Frage privater Initiative erklärt werden, geht die Regierungspolitik anscheinend bei den sensiblen Fragen betreffend soziale „Problemgruppen" den umgekehrten Wege: In diesem Zusammenhang werden auch individuelle, personenbezogene Daten und Fragen „politisiert", also zum potenziellen Gegenstand beispielsweise von kommunalpolitischen Kampagnen oder Wahlkämpfen erhoben.

Drei Jahre lang war an dem Gesetzentwurf gearbeitet worden. Er hatte vorab auch zur Erstellung mehrerer, äußerst umstrittener Untersuchungsberichte gedient.

2-Jährige unter Verdacht

Im Spätherbst 2004 war etwa der „Rapport Benisti" vorgelegt worden, benannt nach dem konservativen Abgeordneten Jac-ques-Alain Benisti, der einen Wahlkreis in der südöstlichen Pariser Banlieue im Parlament vertritt. In diesem vielerorts heftig kritisierten Bericht wurde behauptet, bei Kindern bereits ab dem Alter von zwei Jahren eine „Kurve abweichenden Verhaltens" aufzeigen zu können, die später zu Kriminalität und Straffälligkeit führe.

Als besonders kriminogener (d.h. Kriminalität erzeugender) Faktor im frühkindlichen Alter wurde hervorgehoben, dass es zu solcherart das Straffälligkeitsrisiko steigerndem Verhalten führe, wenn im Elternhaus eine andere Sprache als Französisch gesprochen werde. Denn die Kids würden dadurch ja daran gewöhnt, dass sie im Kindergarten oder in der Schule, zusätzlich zur französischen Sprache, noch einen anderen und für die übrigen Kinder unverständlichen Geheimcode – nämlich ihre Muttersprache – zum Kommunizieren benutzen könnten. Dadurch aber erlernten sie es, dass sie vor ihren Altersgenossen und, oh Schreck, ihren Lehrerinnen und Lehrern etwas verbergen könnten.

Dieser Rapport über die hoch gefährlichen Kids wurde vielfach von Sozialarbeitern, Erziehern, Justizmitarbeitern und anderen Beobachtern als pure Stigmatisierung von Immigranten und anderen gesellschaftlichen Gruppen angeprangert. Die extreme Rechte in Gestalt des Front National hatte dem Benisti-Untersuchungsbericht allerdings explizit und lautstark applaudiert, u.a. in ihrer Wochenzeitung ‚National Hebdo' vom 16. Februar 2005, die über den Rapport schrieb, er schlage „Maßnahmen im Sinne des gesunden Menschenverstands" vor.

Später, im Dezember 2005, legte das psychosoziale und medizinische Forschungsinstitut INSERM einen weiteren, von Sarkozy bestellten Untersuchungsbericht zum Thema vor. Auch hier wollten die Autoren bei Kleinkindern ab drei Jahren bereits zu späterer Kriminalität führendes, abweichendes Verhalten ausfindig machen können. In diesem Falle ging es vor allem um kindliche Überaktivität, Konzentrationsströrungen und ähnliche Dinge, und im Hintergrund schien die Lobby der Pharma- und Chemieindustrie ihre Interessen geltend zu machen, da vor allem auf die Verabreichung von Medikamenten als angebliche Lösung abgestellt wurde.

In seinem ursprünglich vorgelegten Gesetzes-Vorentwurf hatte Innenminister Sarkozy ebenfalls eine Maßnahme vorgesehen, die zu Reihenuntersuchungen bei Kindern im Vorschul- und Schulalter mit drei und sechs Jahren führen sollte. Sie schien den Geist der vorab zu dem Thema erstellten Untersuchungsberichte zu atmen. Doch auch hier verhinderte das Machtwort von Premierminister Dominique de Villepin zunächst das Schlimmste, auch wenn es vielleicht nur durch die Rivalität zwischen beiden Politiker – die alle beide gern der nächste französische Präsident wären – motiviert war.

Bernhard, Schmid, Paris ■

Abschiebung nach Burkina Faso – 10-jährigeTochter kein Grund für Aufenthalt

NÜRNBERG. Yabre Oumarou floh vor Verfolgung und Folter in Burkina Faso und lebt seit 1993 in Deutschland. Er heiratete 1994 und hat mit seiner Frau eine gemeinsame Tochter. Seit 1996 ist er von seiner Frau getrennt; seine Tochter ist jetzt 10 Jahre alt. Herrn Yabre arbeitete 10 Jahre lang in Deutschland und hat in diesem Zeitraum keinerlei staatliche finanzielle Unterstützung erhalten.

Nachdem seine Aufenthaltserlaubnis zurückgezogen worden ist, lebt er seit 1997 mit einer Duldung. Trotz Vaterschaft, seiner Erwerbstätigkeit und Integration erhielt er kein Aufenthaltsrecht. Der Oberbürgermeister der Stadt Lingen (EMS) hat mit seinem Schreiben vom 04.11.2005 an Yabres Anwalt der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Lüneburg (17.06.02) zugestimmt, „dass Herr Yabre aus dem Umgangsrecht mit seiner deutschen Tochter Sophie kein Aufenthaltsrecht für sich selber erhalten kann“. Gem. §60a Abs.2 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz-AufenthG) vom 30.7.2004 (BGB1S 1950) in der z.Zt. gültigen Fassung wird die Abschiebung nur ausgesetzt, solange sie aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist. Das bedeutet, dass auch Integration und Erwerbstätigkeit keine Rolle spielen, sofern die Ausländerbehorde in Lingen eine Abschiebung um jeden Preis durchsetzen will.

Am 14.7.2006 wurde Yabre Oumarou bei einem Freund in Wendelstein (bei Nürnberg)verhaftet und sein Anwalt, Herr Jan Lam, wurde sofort informiert.

Am Freitag, 15.7.2006 wurde Yabre Oumarou beim Amtsgericht Schwabach angehört. Der Richter, Dr. Kohn, entschied, dass er so lange im Gefängnis bleibt (allerdings nicht länger als drei Monate), bis die Ausländerbehörde von Lingen alle nötigen Dokumente zur Abschiebung hat.

Yabre Oumarou hat eine sehr gute Beziehung zu seiner Tochter. Mit der Abschiebung würde auch der Tochter die Möglichkeit genommen ihren Vater zu sehen.

The VOICE Refugee Forum

Faxaktion für die Freilassung Oumarou Yabres aus der Abschiebehaft und ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für ihn. Schicken Sie dazu bitte Faxe an die folgenden Adressen

Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstraße 15, 49074 Osnabrück, Fax.: 0541 - 314 762

Amtsgericht Lingen (Ems) Familiengericht, Postfach 1240, 49782 Lingen (Ems) Fax: 059 - 8049 408

Amtsgericht Schwabach, Postfach 1140, 91124 Schwabach Fax.: 09122 - 1807 199

mehr Informationen: http://thevoiceforum.org http://thecaravan.org/node/739 ■

LandesschülerInnenvertretung NRW ruft zur Unterstützung der Familie Idic auf

DÜSSELDORF. Die LandesschülerInnenvertretung NRW (LSV) erklärt sich solidarisch mit der von der Abschiebung bedrohten Familie Idic in Düsseldorf. Die LSV kann nicht hinwegschauen über den Fakt, dass die Familie Idic mit den Schulkindern Semra (17), Merima (14), Vesna (11) und Edijan (6) in ständiger Angst davor leben muss, nachts oder sogar in der Schule von der Polizei festgenommen zu werden, um sie in ihr „Heimatland“ abzuschieben.

Said Giancoli Tironi vom Vorstand der LSV: „Die vier Kinder haben dieses ‚Heimatland‘ noch nie gesehen, sind dort nie zur Schule gegangen. Sie sind aber hier bei uns sehr gut integriert. Wir müssen zudem daran erinnern, dass die Familie Idic als Roma in Serbien an der Grenze zum Kosovo keinen gesicherten Schutz haben wird.“

Die LandesschülerInnenvertretung bittet daher alle Schüler, sich an dem Protestgang gegen die Abschiebung der Familie Idic in den Kosovo am Freitag, 22.9.06, 16 Uhr vom NRW-Innenministerium zum Düsseldorfer Rathaus zu beteiligen. Treffpunkt ist vor dem Apollo-Theater unter der Rheinkniebrücke.

Said Giancoli Tironi: „Bitte sorgt mit dafür, dass die seit 17 Jahren in Düsseldorf lebende Familie nicht aufgrund der selektierenden Auslegung des Asylgesetzes von der Ausländerbehörde abgeschoben wird. Zeigt, dass ihr ein Vorgehen der Behörden nicht akzeptiert, mit dem Schüler unter heuchlerischen Begründungen abgeschoben werden und die Menschenwürde mit Füßen getreten wird.“

Der Ministerpräsident von NRW, Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), hatte sich für die Familie eingesetzt. Das Innenministerium unter Minister Dr. Ingo Wolf (FDP) prüft den Fall. Die Ausländerbehörde der Stadt Düsseldorf unter Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU) hat es aber bisher abgelehnt, im Rahmen ihres Ermessensspielraumes, den sie nach dem Aufenthaltsgesetz hat, ein Bleiberecht für die Familie auszusprechen.

Landesverbindungslehrer Uwe.Koopmann@lsvnw.de ■

HIERGEBLIEBEN! Bleiberecht für alle!

KÖLN. Im November diesen Jahres tagt die Bundesinnenministerkonferenz in Nürnberg.Die Flüchtlingsräte der Bundesländer fordern in allen Bundesländern eine großzügige Bleiberechtsregelung. Ein solcher Beschluss würde vielen langjährigen Geduldeten ein dauerhaftes Bleiberecht gewähren.

Um zu verhindern, dass vor Inkrafttreten dieser Regelung noch Abschiebungen der betroffenen Personengruppen erfolgen, hat der Berliner Innensenator bereits ein Abschiebestopp bis Ende 2006 für das Land Berlin erlassen.

Ähnlich hat Potsdam als Stadt entschieden, gegen den Beschluss des brandenburgischen Innenministeriums. Ende des Jahres werden vom Land Berlin und der Stadt Potsdam keine Familien mit minderjährigen Kindern oder alleinstehende Minderjährige mehr abgeschoben, wenn sie bereits seit Juni 2000 oder länger als Geduldete in Deutschland leben.

Alle Menschen, die bisher im Schwebezustand einer sogenannten „ Kettenduldung“ unter ständiger Angst vor Abschiebung leben mussten, können vorerst aufatmen.

Wir fordern die Stadt Köln auf Zivilcourage zu zeigen und sich, unabhängig von der Landesregierung, dem Beschluss anzuschließen.

Samstag, 7. Oktober 2006, Köln
15 Uhr: Demonstration, Rudolfplatz
16 Uhr: Kundgebung, Domplatte mit CLAN DESTINO feat. Red Rugged & Paco Mendoza, FULANI (afro-zouk/caribbean beat), SAMSON KIDANE (Eritrea), MICROPHONE MAFIA, SOUNX OF COLONIA u.a.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung!

In Deutschland leben etwas 250.000 Menschen mit einer Duldung. Viele von Ihnen bereits seit über 10 Jahren. Ständig sind sie Zwang und Einschränkung ausgesetzt: Arbeitsverbot, minimierte Sozialhilfe, eingeschränkte Reisefreiheit und eingeschränkte medizinische Versorgung. Darüber hinaus leben Hunderttausende Menschen in Deutschland, die noch nicht einmal über eine Duldung verfügen. Sie leben in der Illegalität ohne Rechte und Unterstützung.

Grundlegende Menschenrechte wie medizinische Hilfe und das Recht auf Bildung bleibt diesen Menschen verwährt.

Das Europäische Sozialforum in Athen im Mai diesen Jahres hat deshalb einen internationalen Aktionstag beschlossen.

Im Oktober 2006 jähren sich zum ersten Mal die schrecklichen und menschenfeindlichen Ereignisse in Ceuta

und Melilla, bei denen Hunderte Menschen an den Grenzzäunen der Festung Europa starben.

Sie waren auf dem Weg in eine bessere Zukunft und fanden den Tod.

Um an die Vorfälle in Ceuta und Melilla zu erinnern und um von der Bundesinnenministerkonferenz im November 2006 eine umfassende Bleiberechtsregelung zu fordern, rufen wir zu einer Demonstration auf.

Bleiberecht für alle!
Abschiebestopp sofort!
Schließung aller Lager und Abschiebegefängnisse in Europa und überall!

http://www.kmii-koeln.de ■

Serif Akbulut wurde abgeschoben

FRANKFURT. Am 5. September wurde Serif Akbulut aus Schlüchtern mit einem eigens dafür gecharterten Kleinflugzeug in die Türkei abgeschoben. Außer ihm selbst flogen lediglich das Flugpersonal und Beamte der Bundespolizei mit – eine Vorgehensweise, die man eher bei einem Topterroristen vermuten würde denn bei einem jungen Mann, der bloß bei seiner Familie sein möchte.

Der hessische Innenminister Volker Bouffier muss sich angesichts des immensen Aufwands, der betrieben wurde, um einen hier seit acht Jahren lebenden, gut integrierten jungen Mann abzuschieben, fragen lassen, was seine Absichtsbekundungen für eine Bleiberechtsregelung noch wert sind. Der Innenminister hatte sich in der Vergangenheit mehrfach dafür ausgesprochen, geduldeten Flüchtlingen, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, integriert sind und keine Straftaten begangen haben, ein Bleiberecht einzuräumen – Kriterien, die Serif Akbulut allesamt erfüllte.

„Im Fall Akbulut offenbart sich ein erschreckender unbedingter Abschiebungswille der Behörden. Es drängt sich Eindruck auf, dass kurz vor einer Einigung über eine Bleiberechtsregelung noch einmal versucht wird, mit allen Mitteln potentiell Bleibeberechtigte loszuwerden“ kommentierte Timmo Scherenberg vom Hessischen Flüchtlingsrat die Abschiebung.

Der Flüchtlingsrat fordert schon seit langem vom Innenminister, bis zur Innenministerkonferenz im November einen Abschiebungsstopp für langjährig geduldete Flüchtlinge zu erlassen, wie es einige andere Bundesländer bereits getan haben. Auch verschiedene Stadt- und Kreisparlamente, wie der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises, in dem Serif Akbulut bis zu seiner Inhaftierung wohnte, haben in den vergangenen Wochen Resolutionen für einen solchen Abschiebungsstopp verabschiedet.

„Eine Bleiberechtsregelung, die diesen Namen auch verdient, muss erstens von den Menschen überhaupt in Anspruch genommen werden können und zweitens Kriterien beinhalten, die auch von ihnen erfüllt werden können“ umriss Scherenberg die Anforderungen an eine Bleiberechtsregelung. Das bedeutet, dass sie bis zu der Innenministerkonferenz vor Abschiebungen sicher sein müssen und außerdem eine mögliche Regelung keine wirklichkeitsfremden Ausschlusskriterien beinhalten darf. Hier ist vor allem der Sozialleistungsbezug zu nennen, da die übergroße Mehrheit der Geduldeten nicht arbeiten kann oder darf.

Zusätzlich zu einer wirksamen Bleiberechtsregelung sollte denjenigen, die – wie Serif Akbulut – schon abgeschoben wurden, ein Rückkehrrecht eingeräumt werden, wie es Niedersachsens Innenminister Schünemann in die Diskussion eingebracht hat. Für den Flüchtlingsrat ist der Fall mit der jetzt erfolgten Abschiebung daher auch noch nicht zu Ende: Wir fordern, dass Serif wieder nach Deutschland kommen darf, um dort zu leben, wo er hingehört – bei seiner Familie im Main-Kinzig-Kreis.

Timmo Scherenberg, Geschäftsführer Hessischer Flüchtlingsrat, 5.9.2006
Infos auch unter www.freiheit-fuer-serif.tk ■

Aachener Friedenspreis ging an den Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft e.V. Büren“

Der Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebungshaft Büren e. V.“ erhält den Aachener Friedenspreis 2006, weil er seit mehr als zehn Jahren beharrlich von unten und mit friedlichen Mitteln gegen Abschiebehaft kämpft und sich zugleich sehr konkret für die betroffenen Menschen – die Häftlinge – einsetzt.

Mit der Auszeichnung soll das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die menschenunwürdige Praxis der Abschiebungshaft gelenkt werden und ein deutliches Zeichen gegen eine immer rigoroser und unmenschlicher werdende Abschiebepolitik und gegen eine Flüchtlingspolitik gesett werdzen, der die Abwehr von Flüchtlingen wichtiger ist, als der Schutz bedrohter Menschen.



Seit über 10 Jahren kämpft der Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e. V.“ mit friedlichen Mitteln gegen Abschiebehaft. Ziel des Vereins ist letztlich die Abschaffung der Abschiebehaft. Konkret hat sich der Verein zwei Aufgabenschwerpunkte gesetzt: 1. Hilfestellung für Menschen in Abschiebungshaft und Unterstützung von Abschiebung bedrohter Flüchtlinge, 2. Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit für Menschen in Abschiebungshaft.

Seit seiner Gründung hat der Verein circa 10.000 Abschiebehäftlinge in der Abschiebungshaft Büren betreut. Wöchentlich leisten 12 ehrenamtliche Helfer circa 100 Beratungsstunden in der Abschiebungshaft. Sie beraten, stellen Kontakte zu Anwälten her, begleiten die Häftlinge auch zu Gerichtsverhandlungen und vertreten die Interessen der Flüchtlinge gegenüber der Anstaltsleitung.

Dem Einsatz des Vereins ist es zu verdanken, dass in der Abschiebungshaft die sogenannte „Schaukelfesselung“ abgeschafft worden ist. Außerdem wurden auf Initiative des Vereins Telefonzellen

in der Abschiebungshaftanstalt Büren installiert und die Möglichkeit geschaffen, dass Flüchtlinge sich in den Zellen gegenseitig besuchen können (Aufschluss).

Zur Zeit bereitet der Verein eine Strafanzeige gegen die Anstalt vor wegen der unzureichenden medizinischen Versorgung der Gefangenen und es läuft erneut ein Versuch auf politischer Ebene, die Vermeidung der Inhaftierung Minderjähriger durchzusetzen.

Der Verein hat circa 50 Mitglieder, von denen circa 12 konkret Flüchtlinge in der Abschiebehaftanstalt betreuen. Der Verein finanziert sich ausschließlich aus Spenden. Er hat es ausdrücklich abgelehnt, Landesmittel in Anspruch zu nehmen, da er sich in diesem Fall zur Loyalität gegenüber der Anstaltsleitung hätte verpflichten müssen und dann z. B. seine Pressearbeit mit der Anstaltsleitung hätte abstimmen müssen.

Die Spenden des Vereins in Höhe von 10.000 bis 15.000 Euro jährlich kommen den Gefangenen in der Abschiebungshaft zugute.

Die Abschiebungshaftanstalt Büren ist mit einer Kapazität von 560 Betten das größte Abschiebegefängnis Deutschlands. Bisher ist es ein reines Männergefängnis, umgeben von einer 6 Meter hohen Betonmauer und Stacheldrahtzäunen und ausgestattet mit modernster Sicherheitstechnik. Das Abschiebegefängnis liegt abgelegen in einem Wald 20 km südlich von Paderborn, 8 km von Büren entfernt. Das Gefängnis ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu erreichen. Die Abschiebungshaftanstalt Büren wird derzeit großzügig weiter ausgebaut. Der Aachener Friedenspreis wird jedes Jahr am 1. September vergeben und ist mit 1.000 Euro dotiert. *www.aachener-friedenspreis.de* ■



(v.l.n.r.) Frank Gockel und Regine Jäger, Vorsitzende des Vereins „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft e.V. Büren", Otmar Steinbicker, Vorsitzender des Aachener Friedenspreis
Fotos: www.arbeiterfotografie.com

:neuerscheinung

Der Geist der Lagerstraße

Eine Biographie über den Antifaschisten Otto Kohlhofer und die Entstehung der KZ-Gedenkstätte Dachau

Bis heute gilt „Dachau" als Synonym für faschistische Barbarei und Willkürherrschaft. Doch kaum einem der vielen Tausend Besucher aus aller Welt, die alljährlich die KZ-Gedenkstätte Dachau besichtigen, dürfte der Name Otto Kohlhofer bekannt sein. Dabei hatte Kohlhofer als Vorsitzender der deutschen Lagergemeinschaft Dachau sowie Sekretär im Internationalen Dachau-Komitee C.I.D. maßgeblichen Anteil an der Schaffung der Gedenkstätte. Kohlhofers Tochter Christa Willmitzer hat nun zusammen mit ihrem Mann Peter die Lebensgeschichte ihres Vaters aufgeschrieben.

Unter dem Decknamen „Betti Gerber" war der Jungkommunist Otto Kohlhofer im Widerstand gegen die Nazidiktatur im Münchner Stadtteil Neuhausen aktiv, bis seine Widerstandsgruppe dank eines Spitzels von der Gestapo aufgerollt wurde. Nach zweieinhalb Jahren Zuchthaushaft kam Kohlhofer ins KZ Dachau. Dort rang er in der Solidargemeinschaft der politischen Häftlinge ums Überleben. Ohne falsches Heldenpathos, den Otto Kohlhofer zeitlebens verabscheute, wird die Religions- und Weltanschauungsgrenzen überschreitende Kameradschaft der Gefangenen aufgrund des gleichen Schicksals unter der Terrorherrschaft der SS deutlich. Im April 1945 desertierte Kohlhofer aus der Wehrmacht, in die er als „wehrunwürdig" aber „kriegsverwendungsfähig" gezwungen wurde. Die Befreiung erlebte er in Wien, wo der ehemalige Dachauhäftling und spätere österreichische Bundeskanzler Leopold Figl anlässlich der ersten großen Friedensdemonstration den solidarischen „Geist der Lagerstraße" über alle Parteigrenzen hinweg beschwor.

Dieser „Geist der Lagerstraße" blieb für Otto Kohlhofer bis an sein Lebensende die entscheidende Lehre aus der Vergangenheit. So war es ihm als Angestellten des bayerischen Landwirtschaftsministerium nicht nur möglich, mit dem ultrakonservativen Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer (CSU) kollegial zusammenzuarbeiten. Es gelang ihm auch, den ehemaligen Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei, der 1933 selber für einen Monat in Dachau inhaftiert worden war, für sein Projekt der KZ-Gedenkstätte zu begeistern.

Angesichts der Fronten des Kalten Krieges war der „Geist der Lagerstraße" immer schwerer zu realisieren. Ehemalige französische und belgische Kriegsgefangene waren in den 60er Jahren in hohe NATO-Positionen aufgestiegen und setzten innerhalb des C.I.D. durch, dass bei der Enthüllung des Mahnmals „Rampe des Todes" im September 1968 NATO-Militärformationen in der KZ-Gedenkstätte aufmarschierten. Es kam zur Rangelei, als Studenten des SDS gegen den NATO-Aufmarsch protestierten und an die neuen Lager im NATO-Staat Griechenland erinnerten.

Als Kohlhofer vom Exekutivkomitee des Dachau-Komitees beschuldigt wurde, die öffentliche Meinung aufgewiegelt zu haben, trat er am 27. November 1969 als deutscher Bevollmächtigter zurück. Zukünftig war er bei den Naturfreunden und der Friedensbewegung aktiv. Gegen den großen Widerstand der Dachauer CSU engagierte sich Kohlhofer insbesondere für die Errichtung einer Jugendbegegnungsstätte in Dachau, die nach 18-jähriger Auseinandersetzung erst 10 Jahre nach seinem Tod im Jahr 1998 eröffnet wurde.

Durch Ausschnitte aus zwei umfassenden Interviews kommt Otto Kohlhofer in weiten Strecken des Buches selber zu Wort. Seine oftmals erschütternd nüchternen Berichte werden ergänzt durch sorgfältige historische Recherchen von Christa und Peter Willmitzer, die das Buch gerade auch für jüngere Leser ohne historische Vorkenntnisse empfehlenswert machen.

Nick Brauns ■

Christa und Peter Willmitzer: Deckname „Betti Gerber". Vom Widerstand in Neuhausen zur KZ-Gedenkstätte Dachau Otto Kohlhofer 1915-1988, Alitera Verlag, München 2006, 172 Seiten, ISBN 3-86520-183-0, 18 Euro

TAG DER HEIMAT IN AACHEN 2006

Das Grauen mit braunen Strähnchen

Wenn sich ungefähr 100 überwiegend weißhaarige und weibliche „Vertriebene" einmal im Jahr zum „Tag der Heimat" treffen, fällt es schwer, von dieser überalterten Gesellschaft als von einer Gefahr zu sprechen. Das Selbstbild dieser Menschen ist das von der Heimat verbundenen, friedliebenden Menschen, die singen und tanzen und ab und zu einer Rede lauschen. Allen steht mit großen Buchstaben das Wort „harmlos" auf die Stirn geschrieben.

Und trotzdem: der Bund der Vertriebenen ist auf Lebenslügen aufgebaut. Er findet keine Distanz zu dem Regime, das herrschte, als die „Vertriebenen" noch glücklich, jedenfalls aber „bei sich zu Hause" waren, bis 1945 als die „Herren".

Der Bund der Vertriebenen rechnet es sich als größtes Verdienst an, in der Charta der Heimatvertriebenen „schon früh auf Rache verzichtet" zu haben. Im Denken der Vertriebenen ist kein Platz dafür, dass unsere Nachbarn ohne Verständnis für solche Formulierungen bleiben. Die Deutschen haben in Polen von 1939-1945 sechs Millionen Menschen umgebracht. Und fünf Jahre nach der Verwüstung Polens trompeten die Deutschen in die Welt, sie wollten „auf Rache verzichten" Sie verstehen sich als „Opfer" ohne jede Einsicht in die eigene Verantwortung für die Verbrechen, in deren Folge sie umgesiedelt wurden.In der „Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung" vom 7. Sept.2006 schreibt Tobias Kaufmann zu Recht: „Die menschliche Tragödie Vertreibung wäre ohne das verbrecherische Regime, das von der Mehrheit der Deutschen in den „Ostgebieten" unterstützt wurde, nie passiert. Solange der BdV das Prinzip von Ursache und Wirkung… weder moralisch noch politisch akzeptiert, leugnet der Verband die geschichtliche Wahrheit. Und er steht der Aussöhnung mit Deutschlands Nachbarn im Wege."

Der Verband ist mit nazistischen Funktionären und revisionistischer Geschichtsschreibung kontaminiert. Viele führende Funktionäre des Bundes der Vertriebenen waren vor 1945 entweder selbst an Verbrechen der Nazis beteiligt oder in verantwortlichen Positionen des NS-Apparates tätig. Die BdV Vorsitzende Frau Steinbach erklärte vor einem Monat auf Vorhaltungen, der Verband habe kein Geld, um Untersuchungen zu diesem braunen Kapitel der Vereinsgeschichte anzustellen. Kurz darauf dementierte sie wegen der öffentlichen Proteste.

Es wundert nicht, dass mit jeder Bewegung, die der Verband macht, braunes Gedankengut aufgewirbelt wird. Die BdV- Vorsitzende Steinbach (CDU) begnügt sich nicht damit, einen Feiertag für die Vertriebenen zu fordern, sie findet vor allem Gefallen daran, dass an diesem „Feiertag" die Fahnen an den Gedenkstätten für die Konzentrationslager gehisst werden sollen. Ihre schon zwanghafte NS-Fixierung führt zu den größten Absurditäten. Gegen die Kritik aus Polen wendet sie ein: „Hitler hat die Tore aufgestoßen, durch die andere dann gegangen sind, um zu sagen, jetzt ist die Gelegenheit, die packen wir beim Schopf. Unrecht war es dennoch".

Kritik am geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen" weist sie so zurück: „Ich kann mich nicht erinnern, dass Deutschland jemals gefragt wurde, am Gedenkort zum Warschauer Aufstand beteiligt gewesen zu sein. Man könnte da ja auch fragen, warum fragt Ihr uns nicht, denn wir haben Warschau doch damals zerstört."

Jetzt ist auch der Bundes- SPD aufgefallen, dass Frau Steinbach und der BdV „kein ernsthafter Ansprechpartner" mehr seien. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Weisskirchen erklärte, mit den Äußerungen der BdV Vorsitzenden Steinbach sei das Ansinnen, mit Hilfe der Bundesregierung ein „Zentrum gegen Vertreibungen" zu errichten „vom Tisch". Allerdings haben sich SPD und CDU in den Koalitionsvereinbarungen hinter das Konzept eines „Zentrum gegen Vertreibungen" gestellt. Davon sind sie bis heute auch nicht abgerückt.

Die SPD hat etwas eher als die CDU gemerkt, dass diese Ziele mit Frau Steinbach und dem Bund der Vertriebenen nicht realisiert werden können. Der BdV zieht soviel Zorn des Auslands auf sich, dass eine Distanzierung seitens der Bundesregierung schon fast Voraussetzung dafür ist, die geplante Aushebelung des Potsdamer Abkommens doch noch erreichen zu können. Es war immerhin Johannes Rau, der zum Tag der Heimat erklärte, die rechtmäßigen Umsiedlungen des Potsdamer Abkommens seien „Unrecht".

Wie spiegeln sich diese Kontroversen auf internationaler und bundespolitischer Ebene auf der lokalen Ebene, also beim Tag der Heimat in Aachen?

Zunächst fiel auf, dass der „Integrationsminister" in NRW, Armin Laschet, die Schirmherrschaft übernommen hatte, aber nicht persönlich erschien. Nur die Aachener SPD hatte wie in den Vorjahren eine Vertreterin entsandt, die sich aber ausschwieg. Am Rand der Veranstaltung war ein Bücher- und Zeitschriftentisch aufgebaut. Die Mehrzahl der Schriften bezog sich auf so genannte Heimatkreise, also Städte, Gemeinde und Regionen im heutigen Polen, der Tschechei oder Russlands.

Anrüchig war eine Vielzahl von offen neofaschistischen Veröffentlichungen. So lag ein Spendenaufruf der Zeitschrift „Der Schlesier" aus mit der Aufforderung, sein Testament zu Gunsten dieser Zeitschrift auszustellen. „Der Schlesier" ist so rechtextrem, dass selbst der Verfassungsschutz in NRW die Zeitung nicht ignorieren kann und sie als rechtsextrem in den jährlichen VS-Berichten erwähnt. Direkt daneben lag die Zeitschrift „Der Eckart", vorher „Eckartbote", aus Österreich, eine Neonazizeitung, in der auch die NPD für ihre Bücher wirbt. Rassistische Hetze schon auf dem Titel: „Integration der Weg, Umvolkung das Ziel?". Zitat auf Seite 4: ...müssen wir „begreifen, dass, wenn wir nicht bald ein gültiges Menschenbild präzisieren, das uns von der vagabundierenden Geisteskrankheit samt ihren Erregern und Überträgern erlöst, es ‚in dieser Heimat' noch in hundert Jahren Vergangenheitsbewältigung geben wird, falls bis dahin das deutsche Volk nicht schon an seinem – anerzogenen – progressiven Schwachsinn zugrunde gegangen sein wird."

Daneben lagen dann Prospekte neofaschistischer Buchverlage aus, deren Produkte unter anderem im Verlag „Der Schlesier" bestellt werden konnten. Eine kleine Auswahl: Franz Schönhuber „Die Volksverdummer", „Heiße Motoren, kalte Füße – Kradschützen der Waffen-SS", „Wie ein Fels im Meer – die 3. SS Panzerdivision ‚Totenkopf'", „SS-Gebirgsdivision „Prinz Eugen", „Division Das Reich im Bild", „Die Leibstandarte im Bild", usw. usw.

Ein anderer Prospekt wirbt für Bücher wie „Frontsoldat Hitler", „Siegerjustiz", „Stuka-As Hans-Ulrich Rudel", „Reichsparteitag 1938 - Großdeutschland", „Warum wir Adolf Hitler wählten", „Verbrechen an der Wehrmacht" und so weiter auf vier Seiten.

Sind das nun Entgleisungen einer ansonsten friedvollen Runde?

Die Eröffnungsworte des stellvertretenden BdV-Kreisvorsitzenden Heinrich Mentzel waren keineswegs ausgewogen oder gar friedlich. Immer wieder beschwor er die „Verbrechen an den Deutschen" und verstand vor allem darunter, dass die Polen sich Land und Güter „völkerrechtswidrig angeeignet" hätten. Wie im „Eckart" nachzulesen war, sprach es auch aus Herrn Mentzel. „Die deutsche Geschichte besteht nicht nur aus den Jahren 1933-1945". Mentzel drohte den Polen und Tschechen: „Wer einem Volk die Heimat raubt, soll keinen Frieden finden können". Danach folgte das Märchen vom Racheverzicht aus der Charta der



Heimatvertriebenen, um darauf zu klagen, man warte heute noch auf die Hand zur Versöhnung. Der (polnische) Nationalismus sei der Feind der Freiheit. Bezug nehmend auf einen Vordenker der „Neuen Rechten", Hellmut Diwald, forderte er die Anwesenden auf, „keine Duckmäuser" zu sein.

Der Nationalismus der anderen gefährdet den Frieden, den eigenen Nationalismus durchzusetzen, bringt Frieden. Für ein solch schlichtes Weltbild des Redners gab es in Aachen immer noch reichlich Beifall.

Wer sich dann darauf freute, dass bei den Tänzen und dem Gesang wenigstens keine weitere Hetze zu erwarten war, wurde enttäuscht. Der Sangeskreis formulierte getragen: „Wir geben nicht auf und können lange auf das uns Gehörende warten". Diese wichtige Nachricht für die Nachbarn Deutschlands wird gehört werden. Die Spannungen zu unseren Nachbarn werden durch das Beharren auf materielle „Entschädigung" erhöht, der Frieden wird unsicherer. Die Nachkriegsordnung des Potsdamer Abkommens soll zertrümmert werden. Dafür ist der BdV eines von vielen Instrumenten. Und der Aachener BdV hat für solche „Hardliner" des Verbandes immer ein Podium geboten. So wurde am Tag der Heimat in Aachen auch schon Werbung für die „Preußische Treuhand" gemacht, einer GmbH, von der sich der Gesamtverband unter dem Druck der öffentlichen Meinung distanzieren musste.

Obwohl der BdV immer auf dem Terminus „Vertriebene" beharrt und den Begriff „Umsiedler" scharf zurückweist, muss er sich öffnen, denn der Verband vergreist. So war in diesem Jahr als Hauptrednerin Frau Jarzombek-Krücken eingeladen, deren Hauptarbeit der Integration von „Aussiedlern" gilt. Was die Frau sagte, war deshalb nicht halb so wichtig, wie die Tatsache, dass sie vor dem BdV redete.

Fazit: Gefahr für Frieden und Demokratie geht nicht nur von denen aus, die sich den Kopf kahl rasieren und Springerstiefel tragen. Unter dem verharmlosenden Tanz und Singespiel am Tag der Heimat versteckt sich eine gefährliche Mischung aus Ressentiment, Revanchismus und Neonazismus. Das mag von der Mehrheit der BesucherInnen so nicht gewollt sein. Man kann aber nur einmal behaupten, man habe von allem nichts gewusst. Als Lebensmotto ist es nicht akzeptabel.

Eine öffentliche Kritik am Bund der Vertriebenen findet nicht oder kaum statt. Obwohl der BdV ein gutes Beispiel dafür ist, wie faschistische Ideologie in die Mitte der Gesellschaft gelangt, schauen Medien und selbst die Linken lieber weg. Mit einer Kritik am BdV kann man nicht nur, man wird unweigerlich jemand treffen, der/die einem nahe steht, den/die man als Bündnispartner nicht verschrecken will. Und diese Toleranz gegen Rechts, diese Friedhofsruhe, das sind Sargnägel für die Demokratie. Die Nazis allein sind gesamtgesellschaftlich noch nie gefährlich gewesen. Sie wurden im Bündnis mit Anderen , sie wurden durch Ignoranz und falsche Toleranz der Demokraten gefährlich.

KH, VVN-BdA Aachen ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:aus der faschistischen Presse

Unzufrieden mit Bundespräsident Köhler

Junge Freiheit Nr. 37/06 vom 8. September 2006

Das erstmalige Auftreten des Bundespräsidenten beim Bund der Vertriebenen zum so genannten „Tag der Heimat" in Berlin findet nicht den Beifall des Blattes – nicht weil Horst Köhler überhaupt teilgenommen hat, sondern weil er dort z.B. das „Pochen auf einen Rechtsanspruch" auf Wiedergutmachungszahlung zurückwies mit der Begründung, dies versperre den Weg zu einer gemeinsamen Zukunft. Köhler hielt zum Ärger des Blattes daran fest: „Es gibt keinen Zweifel daran, was die Ursache der Vertreibung war: das NS-Verbrechersystem und der von Deutschland entfesselte Krieg." Außerdem habe Köhler auch noch Verständnis für die Haltung Polens gezeigt, das das Blatt umstandslos in die „Vertreiberstaaten" aufnimmt, obwohl Polen zur Zeit des Potsdamer Vertrages, in dem die Alliierten die Umsiedlung festlegten, nicht am Vertragstisch saß – wegen des Terrorregimes des Deutschen Reiches.

Außerdem veröffentlicht das Blatt ein Interview mit dem Berliner CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz, der sich an die Spitze der Bewegung gegen einen Moscheebau in Pankow gesetzt hat. In das Haus von Stadtkewitz ist ein Molotowcocktail geworfen worden, außerdem sei er persönlich bedroht worden. Stadtkewitz ist der Meinung, „dass wir über Jahre zugelassen haben, dass sich das politische Koordinatensystem unseres Landes immer weiter nach links verschoben hat. Das hat viele auf dem linken Auge blind gemacht." Die Gegner des Moscheebaus seien honorige Leute, vereinzelte Rechtsextremisten gebe es immer wieder.

Kehren die Mütter zurück?

Junge Freiheit Nr. 38/06 vom 15. September 2006

Eva Herman, Tagesschau-Redakteurin und 48 Jahre alt, teilt in ihrem Buch „Das Eva-Prinzip" mit, wenn sie noch einmal von vorne anfangen könnte, hätte sie fünf Kinder und ließe ihren Mann das Geld verdienen. Da die Gefahr nicht besteht, hat sie leicht schreiben. Für das Blatt ist das ein Anlass, mal wieder gegen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen zu polemisieren. Eva Herman protestiere zu recht gegen den „etablierten Staatsfeminismus mitsamt seinen Rollentausch-Offerten, seiner Sprachregelungen, seinen teuer und groß angelegten Gender-Mainstreaming-Projekten" schreibt Ellen Kositza. ⟶

Fortsetzung von Seite 15:

Ein Prof. Dr. Johannes Pechstein erklärt, „Die Mutter ist das Kostbarste“ und beklagt, dass öffentliche Kinderbetreuung die Kommunen „allein 2000 bis 2500 Euro im Monat“ je Krippenplatz koste. Da sind die Mütter doch billiger?

uld ■

Antisemitismus und Nationalismus

Nation & Europa September 2006

Zwei Themenkomplexe ziehen sich wie ein brauner Faden durch die Septemberausgabe von „Nation & Europa“: die (völkisch-antisemitische) „Kritik“ am israelischen Überfall auf den Libanon und die Hoffnung, an den nationalen Taumel, der viele Menschen in Deutschland anlässlich der Fußball-WM überfiel, politisch anknüpfen zu können. Bereits mit dem Titelbild, das einen von Bundeswehrsoldaten getragenen Sarg zeigt, geschmückt mit einem Stahlhelm und der Bundesfahne, vor einer Landkarte des Nahen Ostens, auf der das derzeitige Territorium Israels orangerot (blutrot war der Druckerei offensichtlich ausgegangen) eingefärbt ist, kündigt sich die Richtung an.

Nicht ungeschickt versuchen die Autoren, ihre Feindschaft gegenüber dem Judentum zu verbergen und stattdessen an die berechtigte Kritik, die auch von jüdischen Menschen an der israelischen Aggressionspolitik geübt wird, anzuknüpfen. Zitiert werden zu diesem Zweck Evelyn Hecht-Galinski und Dr. Rolf Verleger (Vorsitzender der jüdischen Gemeinschaft in Schleswig-Holstein). Aber völlig kann und will WERNER BAUMANN, mit dessen Artikel „Deutschland an Israel gekettet? ‚Staatsräson‘“ das Heft beginnt, seine Absichten nicht verbergen: Immer wieder ist vom „jüdischen Staat“ (an Stelle von Israel) die Rede. Den Ergebnissen seiner Politik steht das „Wollen des deutschen Volkes“ entgegen. Bestätigt muss sich der Autor allerdings von einer Aussage des israelischen Regierungschefs Olmert fühlen, aus dessen Interview mit der Süddeutschen Zeitung er freudig zitiert: „‚Wir sind ein sehr seltsames Volk‘, sagte der israelische Premier... ‚Wir kämpfen ohne zu zögern, unerbittlich und mit allen Mittel. Niemand kann uns stoppen. Wir kämpfen hart und konsequent‘“.

Aber Baumann bleibt Antisemit und deshalb ist eines seiner politischen Nahziele die Weißwaschung des Naziregimes: „Auch die innerdeutsche Diskussion über das deutsche Engagement im Libanon ist wenig hilfreich. Die einen sind dafür, die anderen dagegen – aber alle verknüpfen ihre Argumente mehr oder weniger mit ‚Auschwitz‘. Daraus kann keine vernünftige, zukunftsträchtige Politik erwachsen. Die sich nach Frieden sehnenden Menschen im vorderen Orient wollen zu ihrem ganzen Leid nicht auch noch deutsche ‚Vergangenheitsbewältigung‘ aufgebürdet bekommen“. Die Erinnerung an den Holocaust ist für den Autor eben politisch nicht hilfreich.

Aber es kommt noch schlimmer, und wieder mit Hilfe eines israelischen Kronzeugen: „Der israelische Oppositionsführer und ehemalige Premier Benjamin Netanjahu vertritt Standpunkte, wie man sie schon lange nicht mehr gehört hat. Den zivilen Kriegsopfern des Libanons rief er jetzt ins Grab nach: ‚Wenn jemand nicht geht oder weiterhin aus bewohntem Gebiet geschossen wird, haben wir das Recht, dieses Feindesland platt zu machen‘ (Interview des ‚Focus‘, 33/06). Demnach wäre die deutsche Wehrmacht zum Plattmachen vieler Länder und Städte befugt gewesen – weit über jene eng begrenzten Repressalien hinaus, die den Verantwortlichen nach 1945 zum Verhängnis wurden.“ Ein israelischer Politiker als (unfreiwilliger) Rechtfertiger des Naziterrors – das ist selbst für N&E-Verhältnisse schon überaus pervers.

Der während der Fußball-WM allenthalben beschriebene Patriotismus ist Thema mehrerer Beiträge. Den Anfang macht MANFRED MÜLLER, der zweifelnd fragt „Ein Nachwort zum Fußball-Patriotismus: Deutsches Erwachen?“. Aber seine Zweifel werden schnell zu neuen taktischen Vorschlägen: „Kündeten die WM-Jubelstürme unter Schwarz-Rot-Gold einen neuen Morgen für Deutschland an? Sicher nur dann, wenn es gelingt, den Pop- und Party-Patriotismus zu politisieren. Die deutsche ‚Rechte‘ ist dabei besonders gefordert“. Konkret: „Wichtiger wäre es aber, in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsendern ‚schwarz-rot-goldene‘ Beiträge unterzubringen – wie einst die Sendefolge ‚Dokumente deutschen Daseins‘... Nach wie vor böte sich ein weites Feld für eine unterhaltsame Wiederbelebung nationalen Bewußtseins“. Und all denen unter seinen politischen Freund(inn)en, die am liebsten das republikanische Schwarz-Rot-Gold durch das (historisch reaktionärere) kaiserliche Schwarz-Weiß-Rot ersetzen würden, schreibt Müller ins Stammbuch: „Patriotische Parteien und Gruppierungen hierzulande sollten an die schwarz-rot-goldene Hochstimmung der WM anknüpfen, womit ja keine Mißbilligung von Schwarz-Weiß-Rot verbunden ist, den Traditionsfarben des Bismarck-Reiches. Beide Farbkombinationen symbolisieren deutschen Nationalgeist. Aber politische Werbung in der heutigen Massen- und Mediendemokratie muß von den vorhandenen Grundströmungen und Emotionen ausgehen. Und das ausnutzen, was die Etablierten so fürchten: jene zunächst noch oberflächliche, aber ausbaufähige Hinwendung zur Gemeinschaft, zur Nation. Für übertriebene politische Erwartungen gibt es zwar keinen Anlaß. Aber die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 hat gezeigt, daß den Deutschen die Fähigkeit zu nationaler Identifikation und Begeisterung trotz aller Umerziehungsbemühungen nicht gänzlich abhanden gekommen ist. Daraus ließe sich etwas machen“.

Ähnlich äußert sich Dr. ALFRED MECHTERSHEIMER, Chef der „Deutschland-Bewegung“: Es ist durchaus möglich, daß diese Weltmeisterschaft langfristig zum Ausgangspunkt einer politischen Veränderung in Deutschland wird. Stets waren es Verschiebungen in der politischen Kultur, die einer neuen Politik vorausgegangen sind. Wer sich im Bewußtsein nationaler Gemeinsamkeit wohlfühlte, sollte leichter erkennen, wie wenig Politik und Wirtschaft in Deutschland heute handeln. Allerdings muß hier die patriotische Aufklärungsarbeit einsetzen, bevor sich der gute Geist verflüchtigt“. Antifaschist(inn)en sind gefordert, die Patrioten aus eigner Gnade bei ihren Versuchen, den „guten Geist“ zu halten, auch weiterhin kritisch zu begleiten.

tri ■

